

# POLIS



Asien

eine

andere Welt?

Werte und Menschenrechte



Eine Schriftenreihe der  
Hessischen Landeszentrale  
für politische Bildung

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik

32

---

# POLIS

POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten.

Das schließt auch mit ein, dass Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Herausgeber: Hessische Landes-  
zentrale für politische Bildung,  
Gernot Grumbach  
Achim Güssgen M.A.  
Miguel F. Schramm  
Prof. Dr. Reimund Seidelmann

Redaktion: Alice Becker  
Mitarbeit: Judith Roth  
Christian Straub

Wiesbaden 2001  
ISBN 3-927127-39-6

Die Wahrnehmung einer globalisierten Welt in den politischen Debatten Europas produziert ihre eigenen Konjunkturen. Eine davon hat sich in den letzten Jahren der kulturellen Bedingtheit unterschiedlicher politischer Werte gewidmet. Polemisch zugespitzt und mit reißerischen Titeln versehen - der „Kampf der Kulturen“ hat einem Teil dieser Debatte zu großer öffentlicher Wahrnehmung verholfen - wurden grundlegende Unterschiede formuliert und in weiten Teilen unkritisch übernommen.

Es ist eine der Aufgaben politischer Bildung, in solchen Fällen genauer hinzusehen und zu prüfen, ob die gesellschaftliche Wirklichkeit mit den gefundenen Erklärungsmustern hinreichend korrekt wiedergegeben wird.

Das vorliegende Heft will einen Anstoß geben, eines dieser Muster zu hinterfragen. In der Debatte um die universale Geltung der Menschenrechte ist zum Beispiel formuliert worden, dass aufgrund unterschiedlicher Wertsysteme Menschenrechte nur kultur- und entwicklungsabhängig verstanden werden können. Es ist behauptet worden, es gäbe ein System „asiatischer Werte“, das sich wesentlich vom europäischen unterscheidet.

Mit diesen „asiatischen Werten“ setzt sich Prof. Dr. Eberhard Sand-schneider auseinander, der diese Vorstellung angesichts der großen inneren Ausdifferenzierung Asiens sowohl in kultureller als auch in religiöser Hinsicht für unzutreffend hält. In sechs Thesen entwirft er sein Bild von den Ursachen für die Entstehung der Debatte um „asiatische Werte“ und gibt Hinweise auf andere Sichtweisen.

Mit einem konkreten, in der Politik bisher einmaligen Fall setzt sich Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik auseinander. Sie betrachtet die Debatte um die Menschenrechte im Prozess der Angliederung der ehemaligen britischen Kolonie Hongkong an die Volksrepublik China. Sie zeigt sowohl den gewundenen Kurs der britischen Regierung, die Hongkong lange Zeit von Menschenrechtsregelungen ausnahm, die in anderen Kolonien längst selbstverständlich waren, als auch das geschickte Taktieren der designierten Administration Tung Chee-Hwa.

Wir bedanken uns bei den Autoren für ihre Denkanstöße. Beide Aufsätze zeigen, dass allzu einfache Antworten die Wirklichkeit meist ungenügend beschreiben.

Gernot Grumbach

### **Vorbemerkung**

### **Asiatische Herausforderung? Kritische Anmerkungen zu der Debatte um „asiatische Werte“**

**5**

### **Zusammenfassung**

**17**

### **Bibliographie**

**18**

### **Menschenrechte in Asien – die Perspektive Hongkongs**

**25**

### **Bibliographie**

**48**

### **Die Autoren**

**54**



# Asiatische Herausforderungen?

## Kritische Anmerkungen zu der Debatte um „asiatische Werte“

Unser Umgang mit Asien ist hochgradig konjunkturell geprägt. Drei Begriffe haben in den letzten beiden Jahrzehnten diesen konjunkturellen Umgang besonders deutlich werden lassen. Nachdem das sogenannte „asiatische Wunder“ die Gemüter erhitze hatte, folgte eine intensive Diskussion um „asiatische Werte“, die gerade als sie ihren vermeintlichen Höhepunkt erreichte, abrupt durch teils schadenfrohe, teils besorgte Debatten über die Auswirkungen der „asiatischen Krise“ abgelöst wurde.

Ein kritischer Rückblick erscheint schon deshalb lohnend, weil manche akademische und publizistische Aufgeregtheit im Westen heute in einem ganz anderen Licht erscheint. Schlagworte wie „atlantische Gegenwart – pazifische Zukunft“ schienen bis zur zweiten Hälfte der neunziger Jahre nicht nur besorgten Hütern der euro-atlantischen Stellung in der Welt Sorgen zu bereiten, sie hatten auch einen offensichtlich berechtigten ökonomischen Hintergrund. Da gab es wachsende Befürchtungen in Europa, von der Effizienz asiatischer Industriegesellschaften schon mittel- und erst recht langfristig überholt zu werden. Ein Blick auf ökonomische Wachstumsraten schien den Schluss nahezu legen, dass Europa allen Grund hatte, besorgt zu sein. Asiatische Industriegesellschaften wuchsen über viele Jahre mit durchschnittlich zweistelligen Zuwachsraten. Schätzungen der Weltbank für das Jahr 2020 prognostizieren unter den 15 führenden Weltwirtschaftsmächten allein sieben asiatische – darunter die VR China sogar vor den USA auf dem ersten Platz.<sup>1</sup>

Nüchterne Zahlen beeindruckten in der Tat und sie dienten wieder und wieder als Beleg für eine Herausforderung, die sich mit reinen Zahlendemonstrationen kaum richtig belegen lässt. Obwohl alle wissen, dass Statistiken in Asien besonders problematisch und nur mit größter Vorsicht zu verwenden sind, liefern sie doch eine Scheinvergleichbarkeit, die sich je nach Interessenlage prächtig nutzen lässt. Und so ließen sich Leser im Westen darüber informieren, dass ostasiatische Ökonomien 1960 nur 4 % des weltweiten BSP produzierten, dieser Anteil aber 1991 auf 25 % angestiegen war. Sieben führende asiatische Länder verfügten über 41% der weltweiten Bankreserven (nach 17 % im Jahre

<sup>1</sup> Paul Krugmann: The Myth of Asia's Miracle. In: Foreign Affairs 73, no. 6, 1994, S. 62 – 78.

1980), die Sparrate lag bei durchschnittlich 30 % im Vergleich zu 8 % der G-7- Länder. Der transpazifische Handel der USA lag 1993 mit 361 Mrd. \$ doppelt so hoch wie der transatlantische und hat sich zwischen 1978 und 1991 vervierfacht. Auch der EU-Handel mit der Region erreichte 1992 mit 249 Mrd. \$ einen deutlichen Vorsprung vor dem Handel mit den USA (209 Mrd. \$).<sup>2</sup>

Beeindruckende Zahlen für wahr – und sie trafen in Europa und Amerika auf ein dankbar staunendes Publikum: Während ostasiatische Ökonomien mit zum Teil immer noch zweistelligen Zuwachsraten wuchsen, hatte man hierzulande längst das schöne Wort vom „Nullwachstum“ geprägt, was – befreit vom Euphemismus - nichts anderes heißt als Stagnation, im Extremfall sogar Schwund. In asiatischen Ländern brachen – damals wohl gemerkt, als man die asiatische Krise noch nicht kannte - gelegentlich innenpolitische Krisen dann aus, wenn die jährliche Wachstumsrate gefährlich in die Nähe der 5%-Marke kam – von oben versteht sich.

Auf diesem ökonomischen Nährboden konnte nur allzu leicht eine altbekannte Diskussionsstruktur entstehen, die Zweifel an der eigenen Entwicklung mit dem Reiz des Exotischen und vermeintlich viel Erfolgreicheren, eben mit den Auswirkungen des asiatischen Wunders, in Verbindung brachte. Es fehlte nur ein Auslöser, der sich dann Ende der achtziger Jahre aber gleich in doppelter Weise fand:

Im Westen war es der weltpolitische Auslöser, der sich mit dem „annus mirabilis“ 1989 im Westen verbindet und von den Reaktionen auf das Tiananmen-Massaker, über den Fall der Berliner Mauer bis zum Zusammenbruch der UdSSR und dem Ende des Ost-West-Konfliktes erstreckt. Diese Ereigniskette führte auch zu einem Prozess der Suche nach neuen Erklärungsmustern der Strukturen und Ordnung internationaler Politik. Genauer ging es eigentlich wohl um die Suche nach Halt im Abstrakt-Ungewissen, weil man nach den Ereignissen des Jahres 1989 den Halt im Politisch-Konkreten verloren hatte. Während manche über das „Ende der Geschichte“ nachdachten und andere neue Feindbilder im „Kampf der Kulturen“ entstehen sahen, führte die intellektuelle Mischung aus Zukunftsangst, Selbstzweifel und Vergangenheitsbewältigung zu einer Bereitschaft, sich auf grundsätzliche Wertedebatten einzulassen, die Oswald Spengler alle Ehre gemacht hätte.

Diese westliche Konjunktur wurde durch regionale Auslöser in Asien aufgenommen und verstärkt: Mit Hongkong 1997 und Macao 1999 endete formal die Phase europäischer Kolonialeinflüsse in Asien. Hinzu kam damals für eine ganze Reihe von Ländern der Region die Erfahrung erfolgreicher nach-

<sup>2</sup> Robert A. Manning/Paula Stern: The Myth of the Pacific Community.  
In: Foreign Affairs, November/December 1994, 79 - 93.



holender Entwicklung gepaart mit einem wachsenden Selbstbewusstsein und wachsenden anti-westlichen Ressentiments. Für autokratische Führer in Asien war es buchstäblich eine „Frage der Ehre“ nicht just in dem Augenblick, wo die historische Phase des westlichen Kolonialismus zu Ende ging, zum Opfer einer neuen, indirekten Form des Kolonialismus erfolgreicher westlicher Ideen zu werden. Die Abwehr der modernisierungstheoretisch begründeten Erwartung, dass nach erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung und entsprechendem sozialen Wandel auch politische Konsequenzen anstehen könnten, die westlich demokratischen Idealen verpflichtet sind und zu einer unmittelbaren Bedrohung der Herrschaftsbasis werden könnten, schuf eine Gegenreaktion, die in Ermangelung brauchbarer politischer Alternativen auf diffuse Wertemuster Bezug nahm.

Und so entstand die Grundfrage, die alle plagte: Wenn das 20. Jahrhundert das Jahrhundert Europas war, wird das 21. Jahrhundert dann das Jahrhunderts Asiens werden? Und würden die grundsätzlichen Werte, die diesem Jahrhundert ihr Prägung geben würden, vielleicht – wie auch immer definiert – „asiatische Werte“ sein?

Ausgangspunkt der Debatte um asiatische Werte war insofern ein doppeltes Identitätsproblem: Auf europäischer Seite stellte man sich die Frage, ob nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Durchsetzung marktwirtschaftlich geprägter Wirtschaftsprinzipien nun auch die Durchsetzung politischer Prinzipien, die westlichen Demokratievorstellungen verpflichtet sind, folgen würden. Und auf asiatischer Seite lautete eine ganz ähnlich gelagerte Frage, ob nach der erfolgreichen ökonomischen Entwicklung in der Nachahmung Europas jetzt auch der Systemwandel erneut in Nachahmung Europas folgen müsse oder ob politische Systeme entstehen würden, die sich zwar Demokratien nennen, aber typischerweise von „asiatischen Werten“ geprägt seien. Entstanden ist so ein akademisch-politischer Diskurs um „asiatische Herausforderungen“ und „asiatische Werte“, der eine Konjunktur entfaltete, die im wesentlichen von Asiaten favorisiert und im Westen geradezu begierig und selbstkritisch aufgegriffen wurde. Durch überzeichnete, auf Bestsellerplatzierungen zielende Formulierungen vom „Ende der Geschichte“ bis zum „Kampf der Kulturen“ hat sie zusätzliche Nahrung erhalten. Und natürlich hat sie Tradition: Die intellektuellen Dimensionen reichen von Oswald Spenglers „Niedergang des Abendlandes“ bis zu Paul Kennedys „Aufstieg und Fall großer Nationen“.

Reagieren kann man auf eine solche Konjunktur immer zweifach: Man kann sich darauf einlassen und mitdiskutieren, oder aber versuchen, die Debatte „gegen den Strich zu bürsten“, um dann vielleicht sehen zu können, „was dran ist“. Letzteres soll im folgenden versucht werden.

Vielleicht sollte man an dieser Stelle zunächst an das viel zitierte Märchen Paul Krugmanns erinnern, der uns in Erinnerung ruft, wie wir einstmals die Bedrohung durch die ökonomische Entwicklung in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas wahrgenommen haben. Enorme quantitative Wachstumsraten östlicher Ökonomien beeindruckten den Westen. Wachsende technologische Herausforderungen führten fast zwangsläufig zu einer Infragestellung westlicher Werte. Die Behauptung, autoritär gelenkte Systeme mit geplanter Wirtschaft und einer auf Gemeinschaft statt Individualinteressen ausgerichteten Gesellschaftsordnung seien langfristig den chaotischen westlichen Systemen überlegen, schien schwer zu widerlegen und westliche Intellektuelle teilten diese Position in nur zu großer Bereitschaft und mit heute längst vergessener oder verschwiegener Begeisterung.

Gleich ob man aus europäischer oder asiatischer Perspektive an diese Frage herangeht, muss man sich mit dem Problem auseinandersetzen, wie man unser gemeinsames Wahrnehmungsproblem des Umgangs mit einer veränderten Welt behandelt.

Den im Westen viel zitierten Grundpositionen setzten asiatische Teilnehmer an der Debatte drei Gegenpositionen entgegen:

1. Die sogenannte Asianismus-Debatte proklamierte die prinzipielle Inkompatibilität von Werten<sup>3</sup> und verwies auf vermeintlich offensichtliche Unterschiede in den grundlegenden Verhaltensmustern zwischen Asiaten und Europäern: Asiaten – so hieß es – hätten eine positivere Einstellung zu Macht, Autorität und Hierarchien. Ordnung und soziale Harmonie seien hier wichtiger als Pluralismus; Menschenrechte könnten folglich nicht universell, sondern nur kultur- und entwicklungsabhängig verstanden werden. Universalistische und instrumentelle Positionen prallten auf einander und Vertreter des Asianismus wollten individuelle Freiheit nur als Voraussetzung für funktionierende Marktwirtschaften, nicht aber für demokratisierte politische Ordnungen zulassen.
2. Die Ishihara/Mahatir-Debatte<sup>4</sup> - benannt nach ihren beiden zentralen Protagonisten – versuchte, den Spieß umzudrehen und aktiv zur Selbstlegitimation beizutragen, indem zwei politische Führer den entstandenen Diskurs zur politischen Rechtfertigung und Legitimierung autokratischer Herrschaftsformen nutzen. Mit einem einseitigen und (im schlech-

3 Jürgen Rüländ: keine Chance für Demokratie in Asien? Anmerkungen zur west-östlichen Wertedebatte. In Welttrends Nr. 12, 1996, 53 – 80.

4 Mahathir Mohamad/Shintaro Ishihara: The Voice of Asia. Two Leaders discuss the Coming Century. 1995.





testen Sinne des Wortes) vielfach populistischen Blick auf die Schattenseiten westlicher Gesellschaften wurde deren Vorbildcharakter für Asien prinzipiell in Frage gestellt (siehe unten).

3. Lee Kuan Yews Konzept der „well-ordered society“ ergänzte diese westlichen Werten kritisch gegenüberstehenden Positionen und formulierte ein Ordnungsmodell, in dem jeder ein Maximum an Freiheit genießen kann, aber nur in einem geordneten Staat und nicht im Zustand von Streit und Anarchie. Als Konsequenz soll nach seiner Auffassung auf der kollektiv-politischen Ebene ein autokratisches politisches System existieren, das allerdings auf individueller Ebene bestimmte Freiheits- und Bürgerrechte (insbesondere Eigentumsrechte und Rechtssicherheit) als Voraussetzung für ökonomischen Wohlstand garantiert. Hier präsentiert sich ein von europäischen Wertmuster deutlich unterschiedliches Staatsverständnis: „Politisch verhält sich die Herrschaftselite als Monopolist, der umfassende Machtansprüche stellt und keine legitime Opposition als Konkurrenz duldet. Gesellschaftspolitisch agiert sie als Kontrolleur, der unerwünschte und dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozess abträgliche Spannungen kanalisiert und notfalls unterdrückt, während sie sich im Bereich der Wirtschaft als Katalysator versteht und die Aufgabe übernimmt, möglichst optimale Rahmenbedingungen für ansonsten nicht staatlich reglementiertes Wirtschaftsverhalten zu entwerfen.“<sup>5</sup>

Im Westen wurden diese asiatischen Positionen ergänzt und untermauert durch die Verbreitung einer ganzen Reihe von Allgemeinplätzen im grundsätzlichen Verständnis asiatischer Politik:<sup>6</sup> Die Suche nach Identitäten fand wie üblich nicht im Detail statt, sondern in Form von Verallgemeinerungen bis hin zu verfälschenden Pauschalisierungen. Hier ging es häufig nicht um Analyse oder Diskurs, sondern schlicht um die Politisierung von Symbolen, um das mehr oder weniger gekonnte Spielen auf der Klaviatur von Vorurteilen. So wird in diesem Zusammenhang beispielsweise besonders gerne und häufig auf Unterschiede politischer Kultur und insbesondere auf die spezifische Rolle von Religionen verwiesen. Während die Frage, was eigentlich „europäische Werte“ seien, mit dem Hinweis auf die „Bestandselemente der jüdisch-mediterran-christlichen Religion“<sup>7</sup> beantwortet werden konnte, gehört die Region, über die wir reden, zu den kulturell vielfältigsten der Welt. Was also sind überhaupt asiatische Werte?

5 Eberhard Sandschneider: Modellfall oder Sonderweg? Strategische Erfolgsfaktoren in den Entwicklungskonzeptionen ostasiatischer Industrieländer. In: Erdmann Gormsen/Andreas Thimm(Hrsg): Entwicklungskonzeptionen im Vergleich. Mainz 1991, S. 76.

6 Langguth, Gerd: Beginnt das „pazifische Jahrhundert“? In: Außenpolitik 4/1996, 326 – 338, hier 329-330.

7 Manfred Mols/Claudia Derichs: Das Ende der Geschichte oder ein Zusammenstoß der Zivilisationen? In: Zeitschrift für Politik, Jg. 42, Heft 3, 1995, 225 – 249.

Die Vielfalt asiatischer Wertemuster wird schon bei einem einfachen Blick auf den Kontinent sichtbar:

Hinduismus (Indien, Nepal, starke Minderheit in Indonesien), Islam (Malaysia, Indonesien, Bangladesh), Buddhismus (Staatsreligion in Thailand und Buthan, Mehrheitsreligion in Birma, Laos, Kambodscha, Sri Lanka) und Lamaismus (Tibet, Mongolei) existieren nebeneinander, spielen in unterschiedlichen Ländern jeweils spezifische Rollen und sind alles in allem zu diffus, um als kulturelle Grundlage ausgeprägter und als Konsequenz verlässlich wirkender „asiatischer Werte“ dienen zu können. Auf die drei zentralen Länder Ostasiens bezogen heißt das beispielsweise: In China finden wir ein Nebeneinander von traditionellem Volksglauben, Buddhismus, Konfuzianismus und Christentum, in Japan ein Nebeneinander von Buddhismus und Shintoismus und in Korea ein Nebeneinander von Buddhismus, Konfuzianismus und Christentum. Ohne dies hier zu vertiefen, sollte der Gedanke eingängig sein, dass Pauschalurteile über Asien in Anbetracht unverkennbarer Ausdifferenzierungen nur Fehlurteile sein können. Wertediskussionen allein auf Konfuzianismus und die ihm innewohnende Hierarchisierung der Gesellschaft zu beschränken, wie es sehr oft geschieht, ist bestenfalls eine Übersimplifizierung.

Ähnliches gilt aber auch für Pauschalisierungen über Europa – mit dem Unterschied, dass uns hier aus eigener Betroffenheit manches schneller auffällt. Das vielbeschworene neue asiatische Selbstbewusstsein und die Kritik an Europäischen Werten verbinden sich auch in dieser Perspektive zu einem Gemisch aus oberflächlichen Betrachtungen, die einem sinnvollen Austausch von Ideen eher abträglich sind. Bestes Beispiel für diesen Typ der Pauschalisierung ist die vielzitierte Schrift von Ishihara/Mahatir. Insbesondere der Ministerpräsident Malaysias kommt zu Urteilen über „den Westen“, die einer detaillierten Betrachtung kaum standhalten. Seine vier Hauptkritikpunkte lassen sich – jeweils durch seine eigenen Aussagen dokumentiert - wie folgt zusammenfassen:

1. Der Westen sei aggressiv, denn er habe „eine lange Geschichte aggressiver Kriege in einer anhaltenden Kampagne zur Verwestlichung der Welt geführt.“<sup>8</sup> Kein Land des Ostens habe jemals ein anderes angegriffen, um ihm seine Werte zu oktroyieren.
2. Der Westen sei missionarisch – ein Vorwurf, der sich insbesondere gegen das Christentum richtet, denn die Europäer „schickten Missionare in die Länder des Pazifik ... , um die Menschen zum Christentum zu bekehren und zu zivilisieren. Dies war natürlich lächerlich, weil wir schon Jahrhunderte vor Europa eine fortgeschrittene Zivilisation hatten.“<sup>9</sup>

8 Ishihara/Mahatir 1995, 77.

9 Ibid. 75.



Nie habe ein Europäer sich veranlasst gesehen, zu östlichen Religionen zu konvertieren, wenn er in den Genuss der Früchte östlicher Zivilisation kam.

3. Der Westen sei arrogant, denn der wichtigste Faktor, der zum Niedergang des westlichen Modernismus beitrage, sei die Arroganz „mit der mächtige Staaten des Westens kleinere und schwächere Nationen zwingen, sich ihrem Willen zu beugen.“<sup>10</sup>
4. Der Westen sei dekadent und hedonistisch: „Materialismus, Befriedigung der Sinne und Selbstsucht grassieren. Die Gemeinschaft ist vor dem Individuum und seinen Begehrlichkeiten in den Hintergrund getreten. Die unvermeidliche Konsequenz sind der Zusammenbruch etablierter Institutionen und abnehmender Respekt gegenüber Heirat, familiären Werten und alten Menschen, aber auch gegenüber wichtigen Bräuchen, Konventionen und Traditionen. Sie wurden ersetzt durch ein neues Bündel von Werten, die auf der Ablehnung all dessen beruhen, was sich auf den Glauben an geistige Werte und Gemeinschaftsleben bezieht. Daher sind westliche Gesellschaften durchsetzt von Phänomenen wie Alleinerziehenden und der Förderung von Inzest, von Homosexualität, von unverheiratetem Zusammenleben, von unbegrenzter Habgier, von Missachtung für Mitmenschen und natürlich von der Ablehnung religiöser Lehren und Werte.“<sup>11</sup>

Schon in Asien selbst regt sich gegen eine solche Pauschalisierung Widerspruch: Der koreanische Politiker Kim Dae Jung stellt in einer Erwiderung an Lee und Mahathir lapidar fest: „Culture is not necessarily our destiny. Democracy is.“<sup>12</sup>

Als Konsequenz unserer bisherigen Überlegungen kann man in der Diskussion um asiatische und westliche Werte thesenartig und sicherlich nicht ganz ohne die Absicht selbst provozieren zu wollen, folgende sechs Thesen vertreten:

*These 1: Es gibt keine „asiatischen Werte“ an sich, sondern nur pauschalisierte und politisierte Wahrnehmungen des Westens, die zwangsläufig Fehlwahrnehmungen sind.*

<sup>10</sup> Ibid. 79.

<sup>11</sup> Ibid. 80.

<sup>12</sup> Kim Dae Jung: Is Culture Destiny?  
The Myth of Asia's Anti-democratic Values.  
In: Foreign Affairs 73, no. 6, 1994, 189 – 194.

Nehmen wir beispielsweise nur das häufig vorzufindende Argument, Menschen in Asien seien im Vergleich zu Europäern weniger individuell und stattdessen eher gemeinschaftsorientiert. Verkennt eine solche Argumentation nicht, dass in der Geschichte politischer Ideen in Europa genau diese Frage, das Wechselverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, im Mittelpunkt einer bis in die Antike zurückreichenden Debatte steht? Man mag argumentieren, dass in Europa und Asien unterschiedliche Antworten auf dieselbe Frage gefunden wurden, aber auch der Westen ist fähig zur Gemeinschafts- und Identitätsbildung, wie nicht zuletzt auch jüngere Debatten von Pluralismus über Kommunitarismus bis zu Zivilgesellschaft belegen.

Umgekehrt sind auch die vielbeschworenen Hinweise auf den Konfuzianismus als Wertegrundlage in Asien alles in allem höchst fraglich: Konfuzianismus – heißt es – fördere durch die Primärsozialisation paternalistische Macht- und Autoritätsvorstellungen und übertrage die Familie als organisatorisches Prinzip auf den Staat.<sup>13</sup> Aber: Konfuzianismus ist längst nicht in allen asiatischen Gesellschaften gleichermaßen Grundlage gesellschaftspolitischer Vorstellungen und war überdies ohnehin immer eine Ideologie der herrschenden Klasse. Auch in Asien lassen sich nach ersten Untersuchungen Trends beobachten, die von einer Auflösung der Großfamilie bis zum Übergang von traditionellen hin zu eher modernen Formen der Interessenvermittlung reichen (Medienpolitik, Demonstrationen – siehe koreanische Gewerkschaften/Studenten – etc.)<sup>14</sup> Die auch aus Europa bekannten Konsequenzen erfolgreicher ökonomischer Modernisierung sind längst in den fortgeschritteneren Gesellschaften Asiens auch erkennbar. Sie lassen sich in Schlagworte fassen wie Präferenz für Kleinfamilie, Entwicklung neuer Lebensstile und eben Individualisierung – nicht zuletzt als Konsequenz wachsender Arbeitsmigration.

*These 2: Auch Asiaten sind Individuen mit ureigenen persönlichen Bedürfnissen, mit Zielen und Wünschen, mit Hoffnungen und Enttäuschungen etc.*

Sie sind allerdings unterschiedlich sozialisiert. Gerade diese Sozialisierungsmuster lösen sich jedoch als Folge von Globalisierung auf. Die Globalisierung von Wissen und Erfahrung trägt maßgeblich dazu bei, dass der Fundus an Einstellungen und Werten, die nationalstaatliche Grenzen und Regionen, aber auch kulturelle Verwerfungslinien überschreiten, zunimmt. Der Wettbewerb der Ökonomien beruht auf dem mittlerweile globalisierten Wettbewerb von Wissen, Leistung und Effizienz. Die Verbreitung politischer Ideen und gesellschaftlicher Organisationsmuster wird – wie auch die Geschichte der Ent-

<sup>13</sup> Rüländ 1996, 63-64.

<sup>14</sup> Vgl. Rüländ 1996, 59.



stehung europäischer Werte zeigt – diesem Kriterium des mittlerweile globalisierten Wettbewerbs folgen.

Für kein Wertesystem wird es hier eine Ausnahme geben, schon gar nicht für die Idee der Menschenrechte. Was für Menschenrechte gilt, gilt erst recht für Demokratie.

*These 3: Für die asiatischen Protagonisten der Wertedebatte stehen politische Motive der Identitätssuche und die Legitimierung ihres Unwillens zu politischen Reformen im Vordergrund ihrer Überlegungen.*

Dokumentiert sich in den Äußerungen von Mahathir, Lee Kuan Yew und anderen tatsächlich ein neues asiatisches Selbstbewusstsein, oder verbergen sich hinter den Postulaten eines eigenständigen, vom Westen gänzlich unterschiedlichen Wertesystems nicht ganz andere, vielleicht sogar geradezu vordergründige politische Motive bei denen, die westliche Demokratievorstellungen ablehnen, um östlichen Autokratiekonzepten besser das Wort reden zu können: „Nicht nur Oppositionelle haben in den asiatischen Ländern daher die asiatische Wertedebatte einiger Regierungen längst als das durchschaut, was sie ist: ein Versuch, undemokratische Herrschaft unter Hinweis auf Kultur und Geschichte zu rechtfertigen. Wenn der malayische Ministerpräsident Mahathir und Singapurs Lee Kuan Yew argumentieren, die Asiaten seien gemeinschaftsorientiert und nicht individualistisch, so fordern sie damit von ihren Bürgern, sich Gemeinschaftsinteressen unterzuordnen, die von den wohlwollenden Herrschern definiert werden.“<sup>15</sup>

*These 4: Es gibt (zumindest derzeit noch) keinen „Clash of Civilizations“: Die eigentliche Herausforderung der Gegenwart besteht nicht in einem kulturellen oder religiösen Wertekonflikt mit kriegerischen Konsequenzen, sondern in einer Mischung aus unterschiedlichen Konflikttypen, von denen ökonomische Verteilungskonflikte zunehmend an Bedeutung gewinnen könnten.*

Auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes – wie auch schon in den drei Jahrzehnten zuvor – hat Samuel Huntington es wieder einmal verstanden, sein Talent als Großmeister der Schaffung eingängiger Begriffe eindrucksvoll unter Beweis zu stellen. In der Zeitschrift *Foreign Affairs* 73/1992 angedacht und in Anbetracht der Resonanz zügig in Form eines Bestsellers ausgebreitet, verkündet er nach dem Kampf der Weltanschauungen im Ost-West-Konflikt nach dessen Ende jetzt den „Kampf der Kulturen“: Als neues Strukturelement der internationalen Politik werden Konflikte zwischen sieben großen Kulturen/Zivilisa-

<sup>15</sup> Petra Kolonko: Asiens Werte, in: FAZ, 9. September 1996.

tionen angenommen: chinesische, japanische, hinduistische, islamische, westliche, lateinamerikanische und afrikanische.

Unverkennbar machen Überschneidungen deutliche Abgrenzungen schwierig, Pauschalisierungen erleichtern auch hier die Feindbildungsmuster (the West against the Rest) und empirische Belege (Golfkrieg, Bosnien) bleiben bislang ohne Aussagekraft. Stattdessen lassen sich aber Horrorgemälde vom feinsten<sup>16</sup> entwickeln. Niemand kann das besser als Samuel Huntington selbst, wie ein Auszug aus einem Spiegel-Interview, das er auf einer seiner vielen Promotionreisen gab, deutlich belegt:

„Spiegel: ... Ein wirtschaftlich und militärisch immer selbstbewussteres China greift beim Streit um die riesigen Ölfelder vor den Küsten seinen Nachbarn Vietnam an. Hanoi bittet Washington um Hilfe, und einer der wenigen in der Region verbliebenen amerikanischen Flugzeugträger-Verbände läuft zum Vergeltungsschlag aus ...

Huntington: ... aber Japan untersagt den USA die Benutzung der Stützpunkte in Fernost, erklärt seine Neutralität. Pekings U-Boote fügen unseren Schiffen schwere Schäden zu. Zunächst bleibt in meinem Szenario der Konflikt begrenzt. ... Nicht unser Krieg, sagt die öffentliche Meinung in der Heimat. Die Schwäche des Westens beginnt Auswirkungen auf die größeren Staaten anderer Kulturkreise zu haben. Indien nutzt die Verwicklung der großen Mächte zu einem Angriff auf den Erzfeind Pakistan aus. In den moslemischen Gesellschaften schwappt eine antiwestliche Flutwelle hoch, die noch verbliebenen gemäßigten arabischen Regierungen werden von Fundamentalisten gestürzt.

...

Es beginnt ein massiver Angriff auf Israel. Washington hat sich unterdessen verzweifelt bemüht, Russland in die Nato zu integrieren und die europäischen Verbündeten aufzurütteln: diese bieten zwar diplomatischen und wirtschaftlichen Beistand an, zögern aber, sich militärisch zu engagieren. Japan gibt daraufhin seine Neutralität auf und schlägt sich im Fernen Osten auf die Seite Pekings.

...

China und sein moslemischer Hauptverbündeter Iran schaffen heimlich Nuklearraketen nach Bosnien und Algerien, um die Europäer einzuschüchtern. Die Serben spielen sich, ganz in ihrer Tradition, als Verteidiger des Christentums auf und marschieren auf eigene Faust in Sarajewo ein, wo sie einen Teil der Raketen erbeuten. Und dann explodiert als Vergeltung dafür die erste Atombombe in Europa – über der französischen Hafenstadt Marseille, abgefeuert von Algerien.“

<sup>16</sup> 16 Der Spiegel 48/1996, 178 – 185.

In der Tat ein Stoff wie gemacht für einen Horrorfilm à la Hollywood.

Die internationale Politik zu Beginn des dritten Jahrtausends wird geprägt sein durch eine Mischung unterschiedlicher Konflikttypen: klassische Machtkonflikte, Wirtschaftskonflikte, ökologische Konflikte und Verteilungskonflikte mischen sich mit interkulturellen Konflikten.<sup>17</sup> Dabei werden tendentiell Konflikte innerhalb der Gesellschaften und transnationale Konflikte eher zunehmen als interkulturelle.

*These 5: Es gibt auch kein „Ende der Geschichte“: Die Demokratie als Regierungsform, wie sie in westliche Repräsentativsystemen als Ergebnis eines langen historischen Prozesses entstanden ist, muss sich auch in Zukunft (wie schon in der Phase des Ost-West-Konfliktes) im globalen Vergleich an ihrer Effizienz und Problemlösungsfähigkeit messen lassen.*

Im Sommer 1989 schrieb Francis Fukuyama, damals stellvertretender Direktor des Planungstabes im US-Außenministerium, einen Artikel in der Zeitschrift *The National Interest*, in dem er die, anschließend wie im Falle Huntingtons auf Buchlänge ausgedehnte These vertrat, das mit der liberalen Demokratie und ihrem „Sieg“ über den Kommunismus die Entwicklung der Organisation menschlichen Zusammenlebens an einem Endpunkt angekommen sei. Das „Ende der Geschichte“ sieht er dadurch dokumentiert, das sich keine bessere Gesellschaftsform mehr realisieren lasse.

Mittlerweile hat sich, gerade auch in Anbetracht der Erfahrungen in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas die Erkenntnis durchgesetzt, dass es keinen geschichtsnotwendigen Determinismus hin zur westlichen Demokratie gibt, wenn sich diese Demokratien nicht langfristig als fähig erweisen interne Problemlösungskapazitäten aufzubringen. Im Vergleich mit kommunistischen Systemen haben sie dieser Herausforderung über fast ein halbes Jahrhundert standgehalten. Sie werden es auch weiterhin – nach innen wie nach außen – tun müssen, wenn sie stabil bleiben wollen. Das vermeintliche Ende der Geschichte ist wohl eher eine unendliche Geschichte.

Schließlich gilt es mit Blick auf die großen Entwicklungslinien internationaler Politik eine veränderte Rolle von Nationalstaaten als „historische Beschützer der Demokratie“<sup>18</sup> festzustellen. Hierbei lässt sich allerdings eine deutlich gegenläufige Tendenz beobachten: Während in Europa eine weitverbreitete Bestrebung festzustellen ist, notwendige internationale Kooperation zu institu-

<sup>17</sup> Michael Zürn/Lars Brozus: Kulturelle Konfliktlinien. Ersatz für den Kalten Krieg?  
In: *Internationale Politik* 12/1996, 45 – 54.

<sup>18</sup> Langguth 1996, 338..

◆

tionalisieren und in wichtigen Bereichen auf supranationaler Ebene zu regeln, gehen in Asien die Uhren noch deutlich anders: Grundlage jeder Form zwischenstaatlicher Kooperation ist hier noch eindeutig nationalstaatliche Souveränität. Die Formen von bestehenden Integrationsbemühungen, wie etwa die ASEAN, bleiben intergouvernemental und frei von jeglichen Aspekten teilweiser Souveränitätsabgabe durch Nationalstaaten.

*These 6: Für Europa gibt es keine spezifisch „asiatische“, wohl aber eine globale Herausforderung.*

Die Einsicht, dass mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes mehr zu Ende gegangen sein könnte, als man ursprünglich für möglich hielt, hat sich in den letzten Jahren in vielfältigen Debatten allmählich durchgesetzt. Eine der wichtigsten Konsequenzen mag man in der kaum noch übersehbaren Ablösung des Primats der Politik durch ein Primat der Ökonomie sehen. Die vielbeschworene „eine Welt“ ist durch die Globalisierungstendenzen der Wirtschaft längst Wirklichkeit geworden. Aber während die Globalisierung von Märkten, Produkten, Dienstleistungen, Know-how und Information unaufhaltsam voranschreitet, scheint unser Verständnis der fundamentalen Veränderungen globaler Zusammenhänge - wenn überhaupt - nur sehr langsam zu folgen. Statt sich auf vertraute und leicht politisierbare Diskussionskontexte zu stürzen, könnte es für unseren verstehenden Umgang mit politischen und ökonomischen Herausforderungen an der Jahrtausendwende weitaus zuträglicher sein, darauf zu setzen, dass im Zeichen von Globalisierung kulturspezifische Faktoren zwar nicht ihre generelle Bedeutung verlieren, aber insgesamt eher als Residualkomponente denn als Kernelement unserer Analysen „fremder Kulturen“ dienen sollten.





## Zusammenfassung

Die vermutlich nur erste Debatte um asiatische Werte ist mittlerweile offensichtlich zu Ende. Die zentralen Thesen, um die sie sich entspann, beruhen auf bewussten Vereinfachungen oder unbewussten Fehlwahrnehmungen, auf Pauschalierungen und politisch motivierter Symbolik. Sie sind als konjunkturelles Phänomen selbst längst politischer Mythos. Sie sollen Angst machen vor dem Anderen und Identität stiften durch die Abgrenzung von dem Anderen. Westliche Intellektuelle, die vermutlich nur allzu schnell bereit sein werden, sich zu gegebener Zeit auf eine Wiederaufnahme dieser Debatte einzulassen, sollten sich vielleicht überlegen, ob sie sich bereitwillig zu Wasserträgern leicht durchschaubarer politischer Interessen machen lassen wollen, die dem allseits geteilten Drängen auf verstärkte Demokratisierung auch in den Ländern Asiens eindeutig zuwiderlaufen.

Wer im Westen und im Osten an den Mythos dieser Wertedebatte glaubt, darf sich nicht wundern, wenn es ihm eines Tages so geht wie denjenigen, die in dem „Märchen“ Paul Krugmanns an den Mythos glaubten, die UdSSR sei ein stabiles und ökonomisch leistungsfähiges System, das den Westen nicht nur herausfordert, sondern sich auch anschickt, ihn zu überholen und dabei seine Werte prinzipiell in Frage zu stellen. So gesehen ist die „Wertedebatte“ nicht nur eine Verständigung mit Asien, sondern auch eine Verständigung mit uns selbst und unserer Wahrnehmung von Politik.

(Anm. Hrsg.: Dieser Aufsatz wurde vom Autor freundlicherweise als Vorabdruck zur Verfügung gestellt. Er wurde im Januar 2000 abgeschlossen.)

## Bibliographie

Bohnet, Armin (Hrsg.): *Chinas Weg zur Marktwirtschaft. Muster eines erfolgreichen Reformprogramms?* 2 Bde. Gießen, Münster 1993.

### **Inhalt:**

Die Autoren des Sammelbandes beschreiben Chinas Weg zur Marktwirtschaft und berichten über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft und die durch die Reformpolitik auftretenden sozialen Probleme. Neben dem Vergleich der Plan- und Marktwirtschaft thematisieren sie die wirtschaftspolitischen Ziele der Volksrepublik.

Bork, Henrik: *Chinas Wirklichkeiten. Ein ausgewiesener Reporter berichtet.* Frankfurt; New York 1997.

### **Inhalt:**

Henrik Bork ist Journalist. Er hat für verschiedene Tageszeitungen als Auslandskorrespondent in China gearbeitet und die letzten fünf Jahre der Ära Deng Xiaping hautnah miterlebt. 1995 wurde er mit der Begründung, seine Berichte hätten „die öffentliche Meinung in Deutschland negativ beeinflusst“, aus China ausgewiesen. Henrik Bork beschreibt in seinem Buch das gesellschaftliche und politische Leben in China und berichtet eindrucksvoll, wie die Menschenrechte in der Volksrepublik von der kommunistischen Führung mit Füßen getreten werden. Dem Leser wird nach den Ausführungen Borks die Geschichte der Chinesin Wang Ping, deren Kind im neunten Schwangerschaftsmonat mit einer Giftspritze getötet werden sollte, in Erinnerung bleiben. Er wird sich an den 13jährigen Jungen Jin Xueqiao erinnern, der seinen Vater auf Knien um Schulgeld anbettelte, er wird mit der Lektüre des Buches um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die damit verbundenen Konflikte wissen. Bork, der Sinologie studiert hat und dessen Ausweisung diplomatische Irritationen im Verhältnis Bonn-Peking zur Folge hatte, schreibt mit deutlicher Parteinahme für die Opfer der kommunistischen Partei. Er berichtet über die Kehrseiten des Wirtschaftswunders und der damit verbundenen Konfliktpotentiale.



Coulmas, Florian und Judith Stalpers: *Das neue Asien. Ein Kontinent findet zu sich selbst.* Frankfurt/Main, New York 1998.

**Inhalt:**

Das mit einem großen Datenmaterial angehäufte Buch beschreibt das Bild eines sehr modernen, dynamischen Asiens, das auf dem Weg ins 21. Jahrhundert den überkommenen und europäischen Vorstellungen widerspricht. Mit dem Begriff Asianismus betiteln die beiden Autoren die Suche eines Kontinentes nach einer neuen Identität. Dabei diskutieren Coulmas und Stalpers unter anderem, welche Rolle Demokratie und Nationalismus künftig in Asien spielen werden, sie fragen nach der Rolle Japans und Chinas in Asien und zeigen die bisherigen Leistungen der Organisationen ASEAN und der APEC auf. Dabei richten sie ihren Blick insbesondere auf die USA und Europa.

Döring, Ole: *Technischer Fortschritt und kulturelle Werte in China. Humangenetik und Ethik in Taiwan, Hongkong und der Volksrepublik China.* Hamburg 1997.

**Inhalt:**

Die Publikation Dörings untersucht das Wertesystem in der Volksrepublik China vor dem Hintergrund der wachsenden technischen Möglichkeiten in der Humangenetik. Während Döring mit konstruktiver Kritik die ethischen Auffassungen in China herausarbeitet wird deutlich, in welchem Zustand sich China derzeit befindet: Altes Kulturbewusstsein weilt nach Döring neben erstarktem Selbstbewusstsein und dem Streben, sich als moderne Großmacht zu behaupten.

Draguhn, Werner und Günter Schucher (Hrsg.): *Das neue Selbstbewusstsein in Asien: eine Herausforderung?* Hamburg 1995

**Inhalt:**

Der vorliegende Sammelband enthält die Beiträge einer wissenschaftlichen Tagung, die die Deutsche Gesellschaft für Asienkunde gemeinsam mit dem Hamburger Institut für Asienkunde zum Thema „Neues Selbstbewusstsein in Asien“ veranstaltet hat. Die Frage „Gehört Asien die Zukunft?“ diskutiert einleitend Oskar Weggel am Beispiel der Großmacht China. Gunter Schubert gibt im Anschluss Einschätzungen, ob es im Laufe des Modernisierungsprozesses in Asien zu einer Demokratisierung kommen könnte. Mit der Durchsetzbarkeit der Menschenrechte beschäftigt sich schließlich Sebastian Heilmann. Werner Pfenig schließt sich mit einem Beitrag über „asiatische Werte“ an. Drei weitere Beiträge untersuchen die Stellung Asiens in der Zukunft mit Blick auf die regionalen Großmächte Indien, Japan und China.

Dreis-Lampen, Barbara: *ASEAN und die Europäische Union. Bestandsaufnahme und Neubewertung der interregionalen Beziehungen*. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde. Nr. 287. Hamburg 1998.

**Inhalt:**

Nach einem Bericht über die historische Entwicklung der ASEAN und ihrer Beziehung zur EG/EU vor dem Ende des Kalten Krieges wagt Barbara Dreis-Lampen eine Neubewertung des heutigen Verhältnisses. Die Autorin macht deutlich, daß die ASEAN in den vergangenen Jahren nicht nur an wirtschaftlichem Gewicht, sondern auch an politischer Statur gewonnen hat, an der im asiatisch-pazifischen Raum nicht mehr vorbeizukommen ist. Dreis-Lampen beschreibt die heutigen Beziehungen der ASEAN und der EU als dynamischer, aber auch als schwieriger. Im Zuge der Modernisierungswelle in Südostasien versuche die ASEAN sich aus dem Windschatten der westlichen Kooperationspartner zu lösen. Zudem griffen auch die EU und die USA nach dem Ende des Kalten Krieges zu einer deutlicheren Sprache: Sie stellten ihrerseits mittlerweile deutliche Forderungen nach fairen Handlungspraktiken, Demokratisierung, Wirtschaftsliberalisierung und Achtung von Menschenrechts- und Sozialstandards.

Geist, Beate: *Die Modernisierung der chinesischen Kultur. Kulturdebatte und kultureller Wandel im China der 80er Jahre*. Hamburg 1996.

**Inhalt:**

Die Modernisierung Chinas wurde in den 80er Jahren als eine Frage der Kultur behandelt. Beate Geist schildert, wie das Kultur-Fieber, das aus den Schwierigkeiten bei den Wirtschaftsreformen und den Problemen einer Gesellschaft im Übergang von der Tradition zur Moderne entstand, die Literatur ergreift, wie chinesische Traditionen und Werte in der Gesellschaft wieder aufleben. Geist zeigt zudem, wie die chinesischen Medien die Problematik von chinesischer Kultur und (chinesischer) Modernisierung thematisierten.

Kaluza, B. und R. J. Ostendorf: *Szenario-Analyse. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostasiens. Diskussionsbeiträge des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaft der Gerhard-Mercator-Universität/Gesamthochschule Duisburg*. Duisburg 1997.

**Inhalt:**

Die beiden Autoren haben bei ihrer Untersuchung ihr Hauptaugenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas gelegt. Mit einer Szenario-Analyse versuch-



ten die beiden Wissenschaftler, auf die Frage „Ist eine andauernde Wirtschaftsentwicklung in China potentiell möglich?“ eine Antwort zu finden. Bei ihren Einschätzungen werden der durch das Wirtschaftswachstum einsetzende Werteverfall, die klaffenden sozialen Probleme und die Menschenrechtsverletzungen nicht außen vor gelassen. Konfliktpotentiale im gesamten ostasiatischen Raum werden aufgezeigt.

Krieg, Renate und Monika Schädler: *Soziale Sicherheit im China der neunziger Jahre*. Hamburg 1995.

**Inhalt:**

Die Publikation von Renate Krieg und Monika Schädler ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes am Institut für Asienkunde in Hamburg. Die beiden Autorinnen arbeiten heraus, wie die Situation der sozialen Sicherung vor und nach den Wirtschaftsreformen in China einzuschätzen ist und welche Spuren demographischer Wandel und sozialer Wertewandel hinterließen. Reformfordernisse und die Reformmaßnahmen Chinas werden diskutiert.

Martin, Helmut: *Hongkong. Strategien des Übergangs*. Frankfurt/Main 1997.

**Inhalt:**

Der China-Spezialist Helmut Martin berichtet rund um die Kronkolonie Hongkong. Er beleuchtet Gründungsumstände und die Geschichte der Kolonie, schreibt über ihre kulturelle und politische Identität. Der Sinologe bietet eine Chronologie über die Rückgabeverhandlungen und die mit dem Machtwechsel verbundenen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Konsequenzen. Martin vergisst zudem mit der Frage „Wer sind eigentlich die Hongkonger?“ auch nicht, das bestehende Konfliktpotential der Sonderverwaltungszone aufzuzeigen. Außerdem beschreibt er das Verhältnis Chinas und Hongkongs zu der Bundesrepublik Deutschland.

Müller, Sven-Uwe: *Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhunderts*. Hamburg 1997.

**Inhalt:**

Die Studie von Sven-Uwe Müller fragt nach den in China vorhandenen chinesischen Menschenrechtsvorstellungen, ihren Vorbedingungen und ihrer historischen Entwicklung. Den Ausführungen des Autors zufolge sind die chinesischen Menschenrechtsvorstellungen das Ergebnis eines Rezeptionsprozesses:

Das westliche Ideengut wurde durch eigene Kulturtradition und aktuelle politische Legitimationsbedürfnisse und Zielsetzungen überformt. Müller macht dies deutlich, indem er beispielsweise die westlichen und chinesischen Staats-, Gesellschafts- und Rechtstraditionen miteinander vergleicht. Zudem geht er auf die nationalistische Ideologie der Guomindang der zwanziger und dreißiger Jahre ein, auf das Staats- und Rechtsverständnis des Kreises liberaler Autoren um Hu Shi und Luo Longji, das sich wandelnde kommunistische Rechts- und Staatsverständnis und die Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten der verschiedenen Oppositionsbewegungen seit 1979.

Mu, Quian: *Der Westen versteht den Osten nicht. Gedanken zur Geschichte und Kultur Chinas*. Herausgegeben von Tienchi Martin-Liao. Dortmund 1997.

**Inhalt:**

Bei diesem Werk handelt es sich nicht um eine akademische Auseinandersetzung mit der Tradition Chinas. Quian Mu (1895 - 1990) war einer der letzten autodidaktischen Gelehrten des alten Chinas, der mit diesem Werk versucht hat, das philosophische, moralische und politische Denken in China herauszuarbeiten. Unter Berücksichtigung der Geschichte und der Kultur der Chinesen wirft er einen Blick in die Zukunft der Volksrepublik. Dabei geht er insbesondere auf die konfuzianische Lehre und das Wertesystem der Chinesen ein.

Niembs, Martina: *China. Wirtschaftsmacht der Zukunft*. Frankfurt/Main 1996.

**Inhalt:**

Neben einem „Einmaleins für Eilige“, das den flüchtigen Leser über die Geschichte Chinas, das Freizeitverhalten der Chinesen, die Medien oder die chinesische Küche informieren soll, berichtet Martina Niembs über das chinesische Wertesystem. Sie zeigt: Konfuzius ist in China immer noch aktuell. Zudem geht Niembs auf die Schattenseiten der Reformpolitik ein und berichtet bezüglich des Wirtschaftswachstums über ein Stadt-Land-Gefälle. Besondere Aufmerksamkeit widmet sie den Sonderwirtschaftszonen und Joint-ventures. Dabei beleuchtet sie die Perspektiven des Wirtschaftsraumes China-Hongkong-Taiwan. Das Besondere an der Monographie: Niembs trumpft mit einem enormen Datenmaterial auf und liefert eine Fülle von Fakten. Die Fernsehjournalistin weiß sogar um die Anzahl der in China verkauften Coladosen oder um die zum Zeitpunkt ihrer Recherche in der Volksrepublik zugelassenen Ferraris.



Paul, Gregor und Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.): *Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage*. Schriften des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH). Bd. 3. Baden-Baden 1997.

**Inhalt:**

Die Publikation basiert auf den zweiten sich mit China befassenden Karlsruher Asien-Tagen, die 1995 in Karlsruhe stattfanden. In elf Kapiteln verdeutlichen verschiedene Autoren, dass sich trotz wirtschaftlicher Reformen in der Volksrepublik die Menschenrechtssituation nicht geändert hat. Das Buch zeigt weniger Einzelfälle als vielmehr die grundsätzlich strukturellen Probleme auf. Die Autoren beleuchten ausführlich die Legislative, Judikative und Exekutive Chinas, als auch die Bedeutung der Tradition und die Stellung des Konfuzianismus. In einer wissenschaftlichen Form zeichnen die Autoren ein Bild der derzeitigen Konfliktpotentiale in China und wagen einen Blick in die Zukunft.

Schaub, Gabriele und Wang, Yuquan (Hrsg.): *China. Ein Selbstporträt*. Mainz/Braunschweig 1997.

**Inhalt:**

14 chinesische Autoren porträtieren das Leben in ihrem Heimatland. Sie beschreiben die Grundlagen der chinesischen Religionen, die chinesische Familie und die Stellung der Frau, das Bildungssystem oder die Medienbranche. Neben dem politischen System in China werden aus erster Hand die Folgen der gesellschaftlichen Umwälzungen, die sozialen Probleme diskutiert. Zudem wird ein Blick auf die Sonderwirtschaftszonen wie beispielsweise Hongkong oder das System der staatlichen Betriebe geworfen. Zahlreiche Männer und Frauen berichten eindrucksvoll in Interviews aus ihrem täglichen Leben.

Senz, Anja-Désirée (Hrsg.): *Asiatisierung Asiens?! Stellungnahmen zum Thema „Asiatische Werte“ und zu Demokratie- und Menschenrechtsvorstellungen in Asien*. Trier 1995.

**Inhalt:**

Bei dem von Anja-Désirée Senz herausgegebenen Band handelt es sich um eine Sammlung verschiedener Presstexte, die in den vergangenen Jahren in Zeitschriften und Tageszeitungen erschienen sind. Die Sammlung zeigt unterschiedliche Menschenrechtsvorstellungen auf und fragt nach der Vereinbarkeit von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung in Asien. Am Rande finden sich Vorschläge zur Lösung sicherheitspolitischer Fragen. Die Sammlung ist im

Rahmen des Forschungsprojekts „Asiatisierung Asiens“ am Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien der Universität Trier entstanden.

Weggel, Oskar: *Das nachrevolutionäre China. Mit konfuzianischen Spielregeln ins 21. Jahrhundert?* Mitteilungen des Institutes für Asienkunde. Bd. 267. Hamburg 1996.

**Inhalt:**

Unter dem Motto „Das moderne China: Neues Chaos, alte Ordnung“ berichtet Weggel vom Geist chinesischer Politik. Er erklärt metakonfuzianische Elemente und stellt das traditionsreiche China den modernen Entwicklungen entgegen. In seinen Ausführungen wird deutlich, daß die konfuzianische Ordnungslehre der Chinesen noch lange nicht abgedankt hat.

Weggel, Oskar: *Alltag in China. Neuerungsansätze und Tradition.* Hamburg 1997.

**Inhalt:**

Mit seinem Buch versucht Oskar Weggel den Alltag der Volksrepublik China ein wenig zu beleuchten. Dabei bietet er dem Leser neben der Schilderung der Lebensumstände in China einen Einblick in die Traditionen der Volksrepublik und zeigt Veränderungen in den Lebensgewohnheiten im Zuge der Reformen auf.

(Anm. Hrsg.: Stand 1999)



# Menschenrechte in Asien – die Perspektive Hongkongs<sup>1</sup>

Am 1. Juli 1997 endeten 150 Jahre britischer Herrschaft über die Kronkolonie Hongkong, und die westlichste unter den asiatischen Metropolen mit ihren 6,3 Millionen Einwohnern wurde der Souveränität der Volksrepublik China unterstellt. Obwohl die Presseberichterstattung vor und nach der Übergabe unser Augenmerk immer wieder auf dieses Datum gelenkt hat, scheint es schwer zu sein, die epochale Bedeutung dieses Ereignisses von Deutschland aus erfassen zu können. Pragmatische Überlegungen über die weitere Entwicklung Hongkongs als Handelsmetropole stehen immer wieder im Vordergrund der Spekulationen, während ein Nachdenken über die grundsätzliche Bedeutung der „Übergabe Hongkongs“ an die Volksrepublik China eher vernachlässigt wird. Dabei ist Hongkong der Treffpunkt zweier Kulturen und zugleich zweier politischer Systeme, und seine Rückgabe ist zumindest in den Augen der Regierung in Peking sowohl ein Sieg der aufstrebenden Kräfte in Asien über das in seiner Entwicklung stagnierende Europa als auch ein Beweis für die Schlagkraft des von vielen längst tot gesagten sozialistischen Systems in der VR China.<sup>2</sup> Insofern hat sich hier eine Entwicklung vollzogen, die der osteuropäischen am Ende der achtziger Jahre und zu Beginn der neunziger Jahre entgegengesetzt ist: Nicht das sozialistische Lager löst sich auf und wählt von sich aus den Weg in die Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild, sondern ein sozialistisches System tritt mit dem Anspruch an, mit Hongkong eine Stadt aufnehmen zu können, in der das, was landläufig Kapitalismus genannt wird, seit Jahrzehnten *par excellence* und mit herausragendem Erfolg praktiziert wird. Dabei hat Hongkong nach Maßgabe der von Deng Xiao-ping formulierten Politik „Ein Land, zwei Systeme“ einen Sonderstatus als *Special Administrative Region* oder Sonderverwaltungszone mit einem hohen Maß an politischer und fiskalischer Autonomie erhalten.<sup>3</sup> In der

- 1 Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den ich am 22. Oktober 1998 auf Einladung der Gesellschaft der Vereinten Nationen und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung in der Europa-Schule, Wiesbaden halten konnte.
- 2 Im Gegensatz zu den anderen Kolonien des British Empire wurde der Dekolonialisierungsprozess in Hongkong nicht nach der von der UNO beschlossenen Routine durchgeführt. Die chinesische Seite konnte sich in ihren Forderungen dabei auf einen Beschluss der UNO stützen, den diese auf Antrag des damaligen chinesischen Außenministers Huang Hua 1972 angenommen hatte. Demnach hatte Hongkong einen Sonderstatus und wurde von der UNO nicht mehr als Kolonie geführt. Alle Maßnahmen, die im Zuge des Entkolonialisierungsprozesses vorgesehen sind, insbesondere die Durchführung von Volksabstimmungen, kamen deshalb in Hongkong nicht zur Anwendung. Vgl. Kunz, Heidi: Der Demokratisierungsprozess in Hongkong im Schatten der Machtübergabe im Sommer 1997. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Sinologisches Seminar der Universität Heidelberg, Oktober 1997, S.40-44.
- 3 Der offizielle Standpunkte der chinesischen Seite wird besonders deutlich dargestellt in: Xiao Weiyun (Hg.): *Yi guo liang zhi yu Xianggang jiben falü zhidu* (Ein Land, zwei Systeme und das System des Grundgesetzes für Hongkong). Peking 1990.

Gemeinsamen Erklärung<sup>4</sup>, die von den Regierungen in London und Peking 1984 unterzeichnet wurde, heißt es denn auch, der „Hongkong Lifestyle“, jenes für Hongkong typische Gemisch aus asiatischer Lebensweise und westlicher Marktwirtschaft, werde 50 Jahre nach Rückgabe Hongkongs an die VR China unangetastet bleiben. Hongkong soll weiterhin ausländische Investoren anlocken, optimale Bedingungen für die Kapitalverwertung bieten und deshalb, weil es in dieser Form der weiteren Modernisierung der VR China am besten und meisten dient, seinen Bewohnern ein Leben in Freiheit, Prosperität und Stabilität garantieren.

Keiner weiß, ob dieses Experiment gelingen wird. In Asien betont man immer wieder, es handele sich um einen Vorgang, der in der Geschichte keinen Vorläufer kenne, ein Experiment, dessen Ergebnis offen und unvorhersehbar sei. Hongkong gerät damit unversehens in eine Laborsituation, wobei die Komplexität der Lage bedingt, dass gleichzeitig mehrere Versuche ablaufen. Einer dieser Versuche ist die Diskussion über Menschenrechte in Hongkong, China und Asien, und es ist ein Versuch über die Kompatibilität von asiatischen Werten, Lebensgewohnheiten und politischen Systemen mit den in Europa wurzelnden und dennoch Universalität für sich beanspruchenden Menschenrechtsgedanken. Dabei spekulieren wir nicht über die Zukunft, sondern setzen uns mit der Diskussion über und der Verwirklichung von Menschenrechten in Hongkong auseinander, so wie wir sie seit Jahren beobachten können, wobei die Frage im Mittelpunkt steht, inwieweit der Menschenrechtsgedanke in dieser asiatischen, wenn auch seit 150 Jahren europäisierten Metropole verwurzelt ist. Zeigt sich am Beispiel Hongkongs, dass die von der UNO für allgemein verbindlich erklärten Menschenrechte auch in Asien zu verwirklichen sind, wenn nur die politische Führung deren Verwirklichung nicht untergräbt? Oder lernen wir am Beispiel Hongkongs, dass es spezifisch asiatische Grundauffassungen gibt, die der Verwirklichung von Menschenrechten, so wie wir sie im Westen verstehen, entgegenstehen? Der Versuch geht somit in seiner Bedeutung weit über Hongkong hinaus, hoffen wir doch am Beispiel Hongkongs Antwort auf die immer wieder diskutierte Frage von der Universalität oder Partikularität der Menschenrechte zu finden.

#### *Die Gemeinsame Erklärung und der Bill of Rights: Die Vorgeschichte zur Menschenrechtsdebatte*

Als 1984 zwischen den Regierungen in London und Peking die Gemeinsame Erklärung unterzeichnet wurde, meinte die britische Seite einen wenn nicht leichten, so doch zumindest kalkulierbaren Schritt ins Ungewisse zu tun. Man

4 Nachzulesen (einschließlich der wichtigsten Zusatzprotokolle) in: Bonavia, David: Hong Kong 1997. The Final Settlement. Hong Kong 1985, S.165-207.



hatte die Reformbemühungen in der VR China seit Ende der siebziger Jahre beobachtet, meinte in der VR China auf Dauer mit reformorientierten, dem Westen zugeneigten Partnern rechnen zu können und hoffte auf eine schrittweise Annäherung der Systeme und Kulturen. Insofern schienen alle Voraussetzungen für eine einvernehmliche Abwicklung der Rückgabe Hongkongs an die VR China gegeben. Schließlich war davon auszugehen, dass die Regierung in Peking in ihrem eigenen Interesse alles vermeiden würde, was Schaden für das wirtschaftliche Wohlergehen Hongkongs mit sich bringen könnte. Hongkong könnte nur dann für die weitere Entwicklung in der VR China von Nutzen sein – so die Annahme der britischen Seite – wenn es wie bisher aufgrund der eigenen Prosperität einen großen Anteil an den Investitionen auf dem chinesischen Festland halten könnte. Da wirtschaftliches Wohlergehen und politische Stabilität als eng mit einander verwoben gesehen wurden, ging man davon aus, dass auch politisch aus Peking nichts Negatives zu erwarten sei. So sahen die britischen Verhandlungspartner auch keinen Grund, in ihren Gesprächen mit der VR China der Frage der Einhaltung der Menschenrechte besonderes Gewicht beizumessen. Man begnügte sich damit, in der Gemeinsamen Erklärung die Geltung der *International Covenant on Civil and Political Rights* sowie der *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights*, wie sie 1966 von der UNO verabschiedet worden waren, zu bestätigen.<sup>5</sup> Weitere Vorsichtsmaßnahmen schienen nicht nötig zu sein.

Diese Situation änderte sich jedoch schlagartig mit der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Tian-An-Men-Platz in Peking am 4. Juni 1989. Die allenthalben als unpolitisch, konsum- und effizienzorientiert betrachtete Bevölkerung in Hongkong, die schon seit April 1989 ein zunehmendes Interesse an den Ereignissen gezeigt und die demonstrierenden Studenten wohl auch in der Hoffnung auf einen friedlichen Systemwandel mit Spenden aller Art unterstützt hatte, formierte sich zu einer Massendemonstration mit nahezu 1 Million Teilnehmern: aus Trauer über die Opfer in Peking, aus Sorge über die Entmachtung der Reformer um den damaligen Parteivorsitzenden Zhao Ziyang und aus Angst vor der eigenen Zukunft, die von einer Regierung in Peking abhängen würde, der sie nicht vertrauen konnte. Die Gewissheit, dass die Regierung in Peking, so sehr sie auch nach wie vor kommunistisch zu sein schien, in ihrem eigenen Interesse Freiheit und Wohlstand in Hongkong bewahren werde, zerbrach in den Morgenstunden des 4. Juni angesichts einer irrational wirkenden, die internationale Öffentlichkeit missachtenden, unmenschlich-brutalen politischen Maßnahme seitens der Regierung in Peking, die zunächst nichts als deren Unfähigkeit unter Beweis zu stellen schien. Nachdem

5 Für weitere Informationen über die Frage der Menschenrechte im Zusammenhang der Gemeinsamen Erklärung von 1984 siehe: Jayawickrama, Nihal: *Hong Kong and the International Protection of Human Rights*, in Wacks, Raymond (ed.): *Human Rights in Hong Kong*. Hong Kong, Oxford, New York 1992, S.162-165.

die „Reformer“ um Zhao Ziyang ausgeschaltet worden waren, meinte man einer Regierung von konservativen Politricks gegenüberzustehen, die in keiner Weise geneigt waren, Wünschen der Bevölkerung in Hongkong Gehör zu schenken.

Im gleichen Zug kam der Gedanke auf, die gemeinsame Erklärung, welche die britische mit der chinesischen Regierung ausgehandelt hatte, genüge nicht, um die Autonomie Hongkongs als Sonderverwaltungszone zu wahren. Es bedürfe vielmehr vom „goodwill“ der Regierung in Peking unabhängiger Rechte der Bürger und eines garantierten Schutzes vor willkürlichen Übergriffen gegen Einzelne. Das Thema Menschenrechte und Demokratie rückte in den Mittelpunkt des Interesses und sollte seither seine wichtige Position in der Debatte um die Zukunft Hongkongs auch nicht mehr verlieren.<sup>6</sup>

Am 8. Juni 1989, also vier Tage nach den blutigen Ereignissen auf dem Tian-An-Men-Platz in Peking, erschien in Hongkongs wichtigster englisch-sprachiger Zeitung, der *South China Morning Post*, eine ganzseitige Anzeige, deren Text lautete:

“Power does not come out of the muzzle of a gun.  
It comes from the will of the people.  
The people of Hong Kong need their  
Bill of Rights: now!”<sup>7</sup>

Die Anspielung auf den 1689 als Grundgesetz der Demokratie für Großbritannien verabschiedeten *Bill of Rights* war unüberhörbar: Die Bürger von Hongkong forderten von der britischen Regierung dieselben Rechte, wie sie die Bürger Großbritanniens genießen. Diesmal reagierte die britische Regierung sofort: Das *Foreign Affairs Committee* machte sich die Forderung umgehend zu eigen und schlug vor, dass ein *Bill of Rights* formuliert werden solle, damit er als integraler Bestandteil des hongkonger Rechtssystems die Grundlage für ein substantielles Corpus an Fallentscheidungen liefern könne: „Hong Kong should not arrive at 1997 with its rights and freedoms new minted and untested“.<sup>8</sup>

Angesichts der weltweiten Empörung über die Regierung in Peking und der Sorge um das Schicksal der Bevölkerung von Hongkong schloss sich auch der damalige britische Außenminister Sir Geoffrey Howe dieser Vorstellung an und vollzog damit eine radikale Abkehr von der zuvor in London geltenden Zurückhaltung in Fragen der Menschenrechte in Hongkong. Er kündigte an, dass der *Bill of Rights* „...will be introduced as soon as possible. It will form part of the existing law and be able to continue after the transfer of sovereignty“.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Zu den Diskussionen über die Frage der Menschenrechte in Hongkong vor 1989 vgl.: Wacks, Raymond (ed.): *Civil Liberties in Hong Kong*. Hong Kong, Oxford, New York 1988; sowie sein für die zweite Auflage verfasstes Vorwort von 1989.

<sup>7</sup> Zitiert nach: Jayawickrama, Nihal, *The Bill of Rights*, in Wacks, Raymond (ed.): *Human Rights in Hong Kong*. Hong Kong, Oxford 1992, S.37-85.

<sup>8</sup> Zitiert nach Jayawickrama, op.cit., S.71.

<sup>9</sup> Zitiert nach Jayawickrama, op.cit., S.71



Die Schnelligkeit, mit der man in London reagierte, überraschte die Bevölkerung in Hongkong, hatten die Kolonialherren doch seit jeher zu vermeiden versucht, Hongkong und seiner Bevölkerung die Rechte zu gewähren, die es anderen Kolonien und den eigenen Bürgern wie selbstverständlich einräumte. 1951 hatte Großbritannien die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert und 1953 auf die damals 41 Kolonien ausgedehnt. Einzige Ausnahme: Hongkong. Als sich in der Folge der Prozess der Dekolonialisierung beschleunigte, bildete die europäische Menschenrechtskonvention die Grundlage für die *Bills of Rights*, die beispielsweise 1956 in Pakistan, 1957 in Malaysia, 1959 in Nigeria, 1963 in Kenya und 1964 in Zambia verabschiedet wurden. Selbst wie Hongkong noch nicht in die Unabhängigkeit entlassene Kolonien, man denke an Montserrat und die Falkland Inseln, erhielten in den achtziger Jahren ihre *Bills of Rights*, nur Hongkong nicht. Auch wurden die UNO-Konventionen über bürgerliche und politische Rechte bzw. über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1966 im Mai 1976 in Großbritannien ratifiziert und in ihrer Bedeutung auch für die Kolonien anerkannt. Doch die vom angelsächsischen *Common Law* System geforderte Umsetzung in lokales Recht unterblieb in Hongkong. Noch 1988 rügte die UNO-Menschenrechtskommission die britische Regierung hierfür wie auch für in Hongkong anzutreffende gesetzliche Bestimmungen im Bereich des Demonstrations- und Organisationsrechtes und die weiterhin bestehende Todesstrafe, die sonst überall im britischen Herrschaftsbereich bereits abgeschafft worden war.<sup>10</sup> Zwar galt und gilt die Rechtsprechung in Hongkong im Vergleich zu Singapur als weniger drakonisch, doch zeigt schon die Tatsache, dass sich bis in die späten achtziger Jahre hinein keine politischen Parteien in Hongkong bildeten, einen Zustand von politischer Enthaltensamkeit, der vielleicht nicht nur auf mangelndes Interesse seitens der Bevölkerung zurückzuführen ist.

Unserem heutigen Kenntnisstand zufolge finden sich weder in Hongkong noch in Großbritannien in den einschlägigen Archiven irgendwelche Begründungen für die Zurückhaltung Großbritanniens in der Menschenrechtsfrage. War es Einsicht in die Besonderheiten der politischen Kultur in Asien oder Angst vor kommunistischer Subversion, mangelnder Respekt vor einer quasi identitätslosen Bevölkerung, die zum Großteil aus Flüchtlingen bestehend, gerade Hunger und Unterdrückung entronnen, zu allem bereit war, oder ein Zugeständnis an das internationale Kapital und dessen Hoffnung auf einen Warenumsschlagplatz mit einem Höchstmaß an Stabilität? Wir wissen nicht, was die verschiedenen britischen Regierungen bewogen haben mag, hier über Parteigrenzen hinweg eine einheitliche Linie zu fahren. Harro von Senger, der sich darum bemühte, entsprechende Auskünfte aus dem britischen Außen-

<sup>10</sup> Vgl. Jayawickrama, N.: *Hong Kong and the International Protection of Human Rights*. In: Wacks, Raymond (Hg.), *op.cit.*, S.120-175.

ministerium zu erhalten, bekam gleich zwei, wenn auch nicht sehr erschöpfende, Antworten auf seine Frage nach der britischen Enthaltensamkeit. Collin Fleet aus der Hongkong Abteilung des *Foreign Office* gab ihm die Erklärung, „Hong Kong was not included, because in June 1952 we had concluded that in many respects Hong Kong would not have been able to comply with the [European] Convention [on Human Rights]. This was primarily because of the emergency measures then in force in the Colony.“<sup>11</sup> So sehr jeder Kenner der Lage in Hongkong kurz nach Ende des 2. Weltkrieges und somit der japanischen Okkupation und kurz nach der kommunistischen Machtübernahme auf dem chinesischen Festland der Argumentation von Collin Fleet folgen wird, die Frage bleibt offen, warum bis in die siebziger Jahre hinein und darüber hinaus dieser „Sonderstatus“ Hongkongs beibehalten wurde. In einem weiteren Antwortschreiben des britischen Außenministeriums weist Penny Miller darauf hin, dass „the political situation in China remained unstable until the late 1970s and therefore threatened the stability of public order in Hong Kong for much longer than the early 1950s.“<sup>12</sup> Unter Bezug auf den damaligen Gouverneur von Hongkong, Sir Alexander Grantham, gesteht der Autor aus dem *Foreign Office* ein, dass dies als Ausnahmesituation zu gelten habe, und erklärt diese aus dem Umstand, dass „to deal with the day to day administration of [the refugees] in dangerously congested conditions calls for rapid and sometimes arbitrary action such as could not, rightly, be tolerated under normal conditions.“<sup>13</sup> Vielleicht ist der Grund aber auch eine geheime Abmachung, die nach Auskünften, die ich in der VR China erhielt, kurz vor Gründung der VR China zwischen dem Gouverneur von Hongkong und der Kommunistischen Partei Chinas getroffen wurde. Damals habe die bereits an der Grenze zu Hongkong stehende Volksbefreiungsarmee auf Weisung Mao Zedongs versichert, sie würde auf eine Einnahme Hongkongs verzichten, solange Hongkong nicht als Ausgangspunkt für subversive Aktivitäten und anti-kommunistische Propaganda gegen die Volksrepublik China benutzt würde.<sup>14</sup> So mag die Zurückhaltung der britischen Kolonialverwaltung in Sachen Menschenrechte gleich zwei pragmatische Gründe gehabt haben: Zum einen wollte man sicherstellen, dass auf Hongkonger Boden der Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalisten, so wie er das Festland China bereits ver-

11 Zitiert nach: Harro von Senger: Anhang zu „Die Ausgrenzung Hongkongs aus dem europäischen Menschenrechtsschutz“. In: Paul, Gregor und Caroline Y. Robertson Wensauer (Hg.): Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage. Baden-Baden 1997, S. 111-113.

12 Zitiert nach Senger, op.cit., S.112.

13 von Senger, op. cit, S. 111.

14 Diese Information gab Prof. Dou Hui von der Shanghai International Studies University während eines Vortrages am Sinologischen Seminar der Universität Heidelberg am 13. Mai 1997. Die Information wird mit seiner Erlaubnis weitergegeben, schriftliche Belege konnte Herr Prof. Dou nicht beibringen, da auch er sich auf eine mündliche Quelle beruft. Teilnehmer aus dem *Foreign Office*, die an der Konferenz „London in Transition“ am 15. Dezember 1997 in London teilnahmen, wussten nichts von einer derartigen Abmachung.



wüestet hatte, nicht weitertoben sollte. Zum anderen wollte man der VR China keinen Vorwand liefern, die Lage in Hongkong durch Mobilisierung prokommunistischer Kräfte zu destabilisieren.

Als die Bevölkerung in Hongkong jedoch 1989 plötzlich massiv Rechte einforderte und die britische Regierung mit ihrer Rückgabepolitik auch international unter Druck geriet, konnte diese ihre Kehrtwendung gar nicht schnell genug vollziehen, um ein weiteres Versinken in eine Legitimationskrise mit erheblichen politischen und ökonomischen Folgen zu verhindern.<sup>15</sup> Egal wie, das Übergangsregime in Hongkong durfte sich nicht selbst destabilisieren, indem es die Bürger Hongkongs gegen sich aufbrachte. Und es musste einen Beitrag zum Gelingen des Experiments Übergabe leisten, indem es der Bevölkerung von Hongkong das Vertrauen einflößte, ihre Rechte seien einklagbar bis über den Termin des 1. Juli 1997 hinaus gewahrt.

Wiewohl das politische System Hongkongs fast keine demokratischen Prozeduren kennt, hat es doch seit den siebziger Jahren ein Konsultationssystem entwickelt, das in mehr oder minder großem Ausmaß die Öffentlichkeit in den Diskussionsprozess über Fragen einbezieht, die letztlich vom Gouverneur der Kronkolonie in einer für Politik in der modernen Welt schier beispiellosen Einsamkeit und Machtvollkommenheit entschieden werden.<sup>16</sup> So auch im Fall des *Bill of Rights*, dessen erste Fassung im Auftrage der Hongkonger Tageszeitung *Hongkong Standard* von dem in Hongkong ansässigen ceylonesischen Juristen Nihal Jayawickrama entworfen, daselbst veröffentlicht, von einer ad hoc gegründeten Koalition 12 an Menschenrechtsfragen interessierter Organisationen unterstützt und der Regierung Hongkongs empfohlen wurde. Als Reaktion auf den Vorstoß und zugleich nach einem Konsens suchend verkündete der Gouverneur die Prinzipien, die in einer *Bill of Rights* enthalten sein sollten, und der Legislativrat bildete eine ad-hoc-Gruppe mit 24 Teilnehmern, die in regelmäßigen und öffentlichen Sitzungen sich der Frage annahm. Zum ersten Mal in der Geschichte Hongkongs kam es zu einer öffentlichen Debatte über Menschenrechte und ihre Umsetzung in Hongkonger Recht, was - verständlicherweise - sogleich auch die Gegenseite, die Regierung in Peking nämlich, auf den Plan rief und dazu veranlasste, umgehend Bedenken anzumelden. So argumentierte die Gegenseite, das Institut des *Bill of Rights* verstoße gegen die gemeinsame Erklärung von 1984 und sei deshalb als Veränderung des Status Quo zu verstehen. Es könne keinerlei Wirkung über den 1. Juli hinaus entfalten. Die Zeiten, da die Londoner Regierung meinte, den Weg Hongkongs in

15 Zu einer Darstellung der durch die Übergabeverhandlungen ausgelösten Legitimationskrise der Kolonialherrschaft in Hongkong vgl. Scott, Ian: *Political Change and the Crisis of Legitimacy in Hong Kong*. Honolulu 1989.

16 Mehr Informationen zum politischen System Hongkongs in: Miners, Norman: *The Government and Politics of Hong Kong*. 5th edition, Hong Kong 1995.

die Souveränität der VR China in Konsultation und Konsens mit der Regierung in Peking gestalten zu können, waren vorüber.

Dabei war die Position der britischen Seite in der Auseinandersetzung mit Peking schwach. Zum einen konnte Peking hämisch darauf verweisen, dass Hongkong als britischer Kronkolonie bis dato nie ein *Bill of Rights* gewährt worden sei; zum anderen konnte man sich auf der chinesischen Seite darauf beziehen, dass die Frage der Menschenrechte und eines *Bill of Rights* im Zuge der Verhandlungen über die Gemeinsame Erklärung nie zur Sprache gekommen sei. Die Formulierung eines *Bill of Rights* war somit nach chinesischer Auffassung eine Abkehr von lang erprobter Praxis wie ein Verstoß gegen die Gemeinsame Erklärung. Zwar beinhaltete die Gemeinsame Erklärung ein Bekenntnis zur Verwandlung der UNO-Konventionen in lokales Recht, wie dies den Erfordernissen der *Common-Law*-Tradition entspricht. Es war in der Gemeinsamen Erklärung jedoch nicht davon die Rede, dass ein *Bill of Rights* geschaffen werden sollte, der nicht anderen Gesetzen gleichgestellt, sondern ihnen gegenüber eine höhere Autorität einnehmen sollte. Die chinesische Seite, die im zweiten Halbjahr 1989 an der Ausarbeitung des Grundgesetzes<sup>17</sup> für Hongkong saß, sah hier einen unlösbaren Konflikt entstehen: Während sie nämlich das letzte Interpretationsrecht für die Auslegung des Grundgesetzes in die Hand des Nationalen Volkskongresses in Peking legte, würde der *Bill of Rights*, da in Hongkong verabschiedetes Gesetz mit höchster Autorität, nur in Hongkong auslegbar sein, auch wenn dies Teile des in Peking erlassenen Grundgesetzes beträfe. Damit stellte der *Bill of Rights* in den Augen der Regierung in Peking einen Angriff auf die höchste Autorität des Grundgesetzes dar und konnte deshalb schon keine über 1997 hinausgehende Wirkung entfalten.<sup>18</sup>

Am 16. März 1990 wurde schließlich der Entwurf des *Bill of Rights* der allgemeinen Öffentlichkeit in Hongkong zur Diskussion übergeben.<sup>19</sup> Er zeigte Spuren des Einlenkens auf die Bedenken der Pekinger Seite, indem er darauf verzichtete, eine den übrigen Gesetzen übergeordnete Funktion einzunehmen. Die Verkündung des *Bill of Rights* durch den Generalsekretär des Exekutivrats am 25. Juli 1990 wurde denn auch von den zahlreichen Menschenrechts-

17 Das Grundgesetz (Zhonghua renmin gongheguo Xianggang tebie xingzhengqu jibenfa) ist nachzulesen in: Xiao Weiyun, op. cit., S.421-457.

18 Vgl. Jayawickrama, op. cit., S.71-75; sowie eine ausführliche Darstellung und Kritik der regierungsamtlichen Position in der VR China in: Yan Jiaqi, Xianggang renquanfa he "lingjia" wenti (Der Hongkong Bill of Rights und das Problem der "Priorität"), in: Zhengming 12 (Dezember 1995), S.11-13.

19 Als Teil des oben angesprochenen Konsultationssystems ist es in Hongkong üblich, ein Gesetz vor seiner Verabschiedung „öffentlich“ zur Diskussion zu stellen. Individuen und Organisationen werden innerhalb einer bestimmten Frist aufgerufen, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zu formulieren. Nach der Verabschiedung des Gesetzes wird dann von Seiten der Regierung auf die Vorschläge eingegangen und begründet, welche übernommen und welche nicht berücksichtigt wurden.





gruppen und demokratischen Parteien in Hongkong nicht gerade enthusiastisch aufgenommen. Gegenüber einer wenig informierten internationalen Öffentlichkeit hatte die Regierung in Großbritannien sich zwar von dem Vorwurf, die Hongkonger Bevölkerung schutzlos einem willkürlichen Regime in Peking auszuliefern, reingewaschen, doch die Erwartungen der kleinen politisch interessierten Minderheit von Hongkonger Bürgern, die den Schutz ihrer Rechte einforderten, hatte sie mitnichten erfüllt. So äußerte sich der mit dem Entwurf der ersten Vorlage beauftragte ceylonische Jurist Jayawickrama sehr skeptisch und sagte: „With incredible alacrity, the demands of the Chinese authorities had once more been accomodated“.<sup>20</sup>

Die öffentliche Diskussion über das Thema Menschenrechte kam wieder zum Stillstand. Die Millionenmassen, die zur Demonstration auf die Straße gegangen waren, ließen ihre Vorkämpfer allein und kehrten zu ihrer apolitisch-pragmatischen Haltung zurück. Übrig blieb eine kleine und engagierte Gruppe von Spezialisten<sup>21</sup> und um sie herum ein Bündel von NGO's, *non-government organisations*, die medienwirksam, wenn auch ohne massenhaften Rückhalt um die Sache der Menschenrechte kämpften: ein erstaunliches Phänomen, das viele Beobachter der Situation in Hongkong für schwer erklärbar halten. Sind Asiaten, selbst solche, die in einer so westlich geprägten Stadt wie Hongkong aufgewachsen sind, also doch nicht so empfänglich für den Menschenrechtsgedanken, wie Europäer und Amerikaner dies für sich beanspruchen? Oder sind die Bewohner Hongkongs eben eine besondere Spezies von Mensch, der als Flüchtling die Kronkolonie nur als Zwischenstation begreift und schon immer auf der Suche nach einem Weg zurück in die Heimat oder vorwärts in die weite Welt politisch den Weg des geringsten Widerstandes geht? Hat gar der Wirtschaftsboom der letzten zwanzig Jahre die Menschen in Hongkong politisch korrumpiert und sogar die neu entstandene Mittelklasse davon abgehalten, ihre politischen Rechte und Wünsche einzuklagen? Es scheint, als gäbe das Desinteresse der Bevölkerung an Menschenrechtsfragen den britischen Kolonialherren in ihrer Abstinenz genauso recht wie den Machthabern in Peking. Und nur die besorgten ausländischen Beobachter wie die kleine und wackere Gruppe von Demokraten in Hongkong können sich mit der Realität der politischen Verhältnisse nicht abfinden.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Jayawickrama, op. cit., S.75.

<sup>21</sup> Vgl. Hierzu: Davis, Michael M. (Hg.): *Human Rights and Chinese Values. Legal, Philosophical, and Political Perspectives*. Hong Kong 1995; und Lam, Jermain T.M. und Jane C.Y. Lee: *The Dynamic Political Actors in Hong Kong's Transition*. Hong Kong 1993.

<sup>22</sup> Mit besonderer Vehemenz beklagt sich Emily Lau über die apolitische Haltung ihrer Mitbürger. Als prominentestes, mit den „Demokraten“ sympathisierendes Mitglied des Legislative Council von Hongkong, betonte sie in einem Interview, das die Autorin zusammen mit Wolfgang M. Schwiedrzik im April 1997 mit ihr führte, immer wieder die Notwendigkeit, dass die Bürger in Hongkong um ihre eigenen Rechte kämpfen. Sie kritisierte das mangelnde Engagement, verwies aber zugleich auf die paradoxe Situation, dass sie mit ihrer vergleichsweise extremen Position mit den meisten Stimmen in den Legislativrat gewählt worden sei. Vgl. hierzu auch Liu Huiqing (i.e. Emily Lau), Liu Huiqing miandai Xianggang (Liu Huiqings Blick auf Hongkong). Hongkong 1991.

*Der Menschenrechtsdiskurs in der chinesisch-sprachigen Presse: Menschenrechte und Demokratie in der VR China*

Und auch hier ist die Lage komplizierter als auf den ersten Blick angenommen. Schauen wir in Zeitungen und Zeitschriften aus Hongkong, meinen wir zunächst einen Beweis dafür zu finden, dass der Menschenrechtsgedanke in Asien weniger Rückhalt hat als im Westen. Während nämlich englisch-sprachige Periodika regelmäßig über entsprechende Themen berichten<sup>23</sup>, halten sich chinesisch-sprachige Publikationen weitgehend zurück. Eine Ausnahme bilden hierbei Zeitschriften, die sich fast ausschließlich mit der Situation in der VR China auseinandersetzen und dementsprechend die Menschenrechtsfrage im Kontext der wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen auf dem chinesischen Festland diskutieren.<sup>24</sup> Die Autoren dieser Artikel sind überwiegend seit dem 4. Juni 1989 exilierte Intellektuelle, die von Amerika oder Europa aus Artikel für Hongkonger Zeitschriften verfassen. Sie gehen von der universellen Gültigkeit der Menschenrechte aus<sup>25</sup> und treten vehement dem Argument von der Partikularität der Menschenrechte entgegen, das im asiatischen Kontext am deutlichsten mit der Deklaration von Bangkok 1993 ausformuliert wurde<sup>26</sup>. Zugleich werfen sie aber auch den Standpunkt, welchen die Regierung der VR China in der Menschenrechtsfrage einnimmt und der sich deutlich von der Politik der „asiatischen Werte“ unterscheidet. Die Autoren in Hongkong halten nichts von der Argumentation der Regierung in Peking, welche besagt, die VR China müsse erst einmal die ökonomischen und sozialen Rechte ihrer Bürger garantieren, bevor es möglich sei, auch die politischen Menschenrechte zu gewähren.<sup>27</sup>

23 Unter englisch-sprachigen Publikationen werden hier vor allem die weit verbreiteten Tageszeitungen South China Morning Post und Hong Kong Standard gemeint. Die chinesisch-sprachige Tagespresse berichtet auch dann nicht über Menschenrechtsfragen, wenn am selben Tag in der englisch-sprachigen Tagespresse entsprechende Artikel veröffentlicht werden. Dies gilt nicht nur für die der KPCh nahestehenden Tageszeitungen Wenhuibao und Dagongbao, sondern auch für die in vorsichtiger Distanz zu Peking positionierte Tageszeitung Mingbao. Eine Ausnahme bildet die von Jimmy Lai nach dem 4. Juni 1989 gegründete Zeitung Pingguo Ribao (Apple Daily), die offen mit den Positionen der sogenannten Demokraten in Hongkong sympathisiert und versucht, diese unter der Bevölkerung zu verbreiten.

24 Bei den hier untersuchten chinesisch-sprachigen Zeitschriften handelt es sich um die Wochenmagazine Zhengming, Dongxiang, Jiushiniandai und Mingbao.

25 Vgl. Hierzu vor allem: Zhang Weiguo: Dongwuquan bu deng yu renquan - ji Jin Yaoru zai Jiazhoudaxue Xianggang xuesheng lianhui zhongguo renquan huodong de yanjiang (Tierrecht ist nicht gleich Menschenrecht! – Bericht über Jin Yaorus Rede auf der Veranstaltung des Hongkonger Studentenvereins an der Universität von Kalifornien über Menschenrechte in China), in: Dongxiang 4 (April 1994).

26 Vgl. Hierzu: Davis, Michael C.: Adopting International Standards of Human Rights in Hong Kong. In: Davis, Michael C. (Hg.), op. cit., S. 168-180.

27 Der Standpunkt der Regierung der VR China ist am besten nachzulesen in: Zhongguo guowuyuan xinwen bangongshi (Presseamt des Staatsrates der VR China): Zhongguo de renquan zhuangkuang (Zur Situation der Menschenrechte in China), Beijing (November) 1991. Die deutsche Fassung des Weißbuches erschien mit dem Titel „Menschenrechte in China“ in der Beijing Rundschau (Beijing zhoubao) 44 (5. November 1991), S. 8-49. Die Kritik der Hongkonger Autoren befindet sich in: Ai Kesi: Lun renquan baipishu de weida (Über die Großartigkeit des Weißbuches über Menschenrechte), in: Dongxiang 12 (Dezember 1991), S. 48-49; Liu Gong: Zhonggong renquan baipishu de lailong qumai (Die Genesis des Weißbuches über Menschenrechte der KPCh), in: Zhengming 12 (Dezember 1991), S. 48-50.

Dabei pocht Peking auf die Souveränität, im eigenen Lande entscheiden zu können, zu welchem Zeitpunkt die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte möglich sei. Das, was andere vielleicht als ein gewisses Einlenken in der Menschenrechtsfrage verstehen, wird von den Autoren als reines Ablenkungsmanöver gewertet. So halten sie der Pekinger Regierung, die inzwischen zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit ihres Bekenntnisses zu den Menschenrechten die entsprechenden UNO-Konventionen unterschrieben hat, entgegen, die Mitgliedschaft in der UNO beschränke eben die Souveränität in diesen Fragen. Im übrigen könne man gar nicht darauf hoffen, dass die ökonomischen und sozialen Rechte eines Tages in der VR China verwirklicht würden, da die KPCh in den letzten Jahren aufgrund der Politik von Reform und Öffnung immer mehr Einschnitte in das soziale Netz habe vornehmen lassen.<sup>28</sup>

Da die Autoren jedoch wissen, dass ihre Position auf wenig öffentlich bekundete Gegenliebe in der VR China stößt<sup>29</sup>, fordern sie in aller Offenheit, dass der Menschenrechtsgedanke vom Ausland aus nach China getragen und dazu genutzt werden muss, die politischen Verhältnisse in der VR China zu destabilisieren. Dementsprechend haben für sie die alljährlichen Diskussionen im Zusammenhang der Vorbereitung auf die Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission sowie der Abstimmung in den USA über die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel eine besondere Bedeutung. Auch der nach den Ereignissen im Frühsommer 1989 gegen die VR China verhängte Boykott wird in diesem Zusammenhang kommentiert. Während sich einige Autoren kritisch mit der Wirkung des Boykotts auf die innenpolitische Situation in der VR China auseinandersetzen<sup>30</sup>, wird der Einsatz der Meistbegünstigungsklausel im Austausch gegen Zugeständnisse der Regierung in Peking von den meisten Autoren, darunter auch prominenten „Dissidenten“ wie Wei Jingsheng und Fang Lizhi, positiv beurteilt.<sup>31</sup> Dementsprechend groß war dann auch die Empörung, als Präsident Clinton 1994 beschloss, die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel von der Frage der Einhaltung der Menschenrechte zu entkoppeln. Zum einen wurde den USA eine Doppelmoral im Umgang mit den Men-

28 Vgl. hierzu Yu Guanghua, op. cit. sowie Liao Zhaobao: Renquan baipishu shi juehao de fanmian jiaocai (Das Weißbuch der Menschenrechte ist ein äußerst gutes negatives Lehrbeispiel). In: Dongxiang 12 (Dezember 1991), S.90-92. n.dlungen ausgelösten Legitimationskrise der Kolonialherrschaft in Hongkong.

29 Hierzu besonders offen: Nan Fangshuo: Fang Beijing, kan dalu minzhu yundong (Besuch in Peking und Beobachtungen zur demokratischen Bewegung in Festland China), in: Jiushi niandai 4 (April 1989), S.36-38. Eine gegenteilige Meinung vertritt unter dem Eindruck der sich entwickelnden Studentenbewegung des Jahres 1989 Li Yi: Qianming yundong yi yue lai de fazhan (Die Entwicklung der Unterschriftenaktionen seit einem Monat), in: Jiushi niandai 4 (April 1989), S.16-19.

30 Ebd.

31 Ming Lei: Xifang zhicai yu dalu renquan (Die westlichen Sanktionen und die Menschenrechte in China), in: Zhengming 12 (Dezember 1990), S.53-54.

schenrechten vorgeworfen, zum anderen darauf verwiesen, dass den USA jetzt nichts anderes mehr bleibe, als unter bestimmten Umständen die „Taiwan-Karte“ zu ziehen, um die Regierung der VR China zur Einhaltung der Menschenrechte zu zwingen.<sup>32</sup> Nur Ruan Ming wich von dieser weit verbreiteten Argumentation ab, indem er hervorhob, dass Zwangsmaßnahmen wie Boykott oder Einsatz der Meistbegünstigungsklausel nur gegenüber totalitären Regimes eingesetzt werden sollten. China befände sich in einer Übergangssituation auf dem Weg in die Marktwirtschaft. In diesem Prozess werde es früher oder später auch zu einer politischen Demokratisierung kommen, und diese dürfe nicht verzögert werden, indem man China wieder in eine Situation der internationalen Isolation zurückstoße. Boykott und Einsatz der Meistbegünstigungsklausel schwächten die Reformkräfte und gossen Öl auf das Feuer der parteiinternen Auseinandersetzung zwischen reformorientierten und „konservativen“ Kräften.<sup>33</sup>

Das besondere Schicksal Wei Jingsheng, der inzwischen seit einigen Jahren im Westen lebt, in den frühen neunziger Jahren aber zunächst noch im Gefängnis saß, bevor er kurzfristig freigelassen, wiederverurteilt und zurück ins Gefängnis geschickt wurde, schien die Kritiker der Politik des Tausches zwischen Einhaltung der Menschenrechte auf der einen und Gewährung der Meistbegünstigung auf der anderen Seite zu stärken. Wei war 1994 vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Ming Jing enthüllt dabei in seinem Artikel, dass dies nur geschah, um die Abstimmung über Peking als Austragungsort der Olympiade im Jahr 2000 zu Gunsten der VR China beeinflussen zu können. In Wahrheit habe Wei Jingsheng jedoch nie seine Freiheit genießen können und sei, sobald sich die internationale Lage verändert habe und der Beschluss zu Ungunsten Pekings gefallen sei, unter fadenscheinigen Gründen wieder verurteilt worden. Wenn sich das Regime seinerseits den Mechanismus des Tauschvorganges zu eigen mache, kehre sich dieser in sein Gegenteil und diene der Stabilisierung des Regimes.<sup>34</sup> Überhaupt macht sich unter den Autoren immer mehr der Gedanke breit, die sogenannte Menschenrechtsaußenpolitik sei nichts als ein Spiel, in dem unglücklicherweise beide Seiten die Strategie der jeweils anderen längst kennen, in der Öffentlichkeit jedoch den Eindruck erwecken, es

32 Mo Liren: Kelindun de wajiao zhengce shou zhiyi (Clintons Außenpolitik wird angezweifelt), in: Zhengming 7 (Juli 1994), S.62-63; Peng Wenyi: Renquan yu maoyi (Menschenrechte und Handel), in: Jiushi niandai 7 (Juli 1994), S.78-79; Mo Liren: Meizhong wajiao xin dongxiang (Neue Tendenzen in den amerikanisch-chinesischen Außenbeziehungen), in: Dongxiang 6 (Juni 1994), S.58-59; Ruan Ming: Meiguo dui hua zhengce liang nanti (Die Chinapolitik der USA in einer doppelten Klemme), in: Zhengming 5 (Mai 1994), S.55-60.

33 Vgl. Ruan Ming, op. cit.

34 Ming Jing: Jingji fada xia de xuexing "renquan" - Wei Jingsheng mingyun de qishi (Blutige "Menschenrechte" unter Bedingungen entwickelter Ökonomie - Lehren aus dem Schicksal Wei Jingshengs), in: Zhengming 12 (Dezember 1995), S.9. In einem Kommentar der New York Times wird freilich genau gegenteilig argumentiert und Präsident Clinton aufgefordert, Meistbegünstigung und Menschenrechte wieder miteinander zu verknüpfen. Vgl. IHT (19. Dezember 1995), 8: Stop Appeasing China.



handele sich um eine ernsthafte und prinzipielle Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang ist auch ein Artikel von Lu Minsheng von Bedeutung, der über parteiinterne Auseinandersetzungen berichtet und dabei auf den pragmatischen Charakter der maßgeblich von Deng Xiaoping bestimmten Politik der KPCh in Menschenrechtsfragen verweist.<sup>35</sup> Dennoch: Wenn die Debatte über die Menschenrechte in der VR China nicht frei geführt werden kann und wenn sich große Teile der Bevölkerung aus welchem Grund auch immer uninteressiert an einer solchen Debatte zeigen, dann bleibt nach Meinung der oben zitierten Autoren nichts anderes, als den Druck von außen auf die Regierung der VR China zu erhöhen.

Und in diesem Sinne ist nun auch die Menschenrechtssituation in Hongkong von Bedeutung. Die Bevölkerung von Hongkong, so die Autoren in den genannten chinesisch-sprachigen Zeitschriften, täte gut daran, den Menschenrechtsgedanken in das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit zu rücken. Dann nämlich hätten die Vertreter Hongkongs die Möglichkeit, die Pekinger Regierung unter Druck zu setzen, und indem diese Zugeständnisse an Hongkong machte, stabilisiere sie sich selbst und die politischen Verhältnisse in der VR China. Mit anderen Worten: Für diese Autoren stellt die Verwirklichung der Menschenrechte in Hongkong keinen Wert an sich dar. Ihnen kommt es vielmehr darauf an, über die Diskussion in Hongkong die Diskussion in der VR China zu entfachen und zugleich der Regierung in Peking bestimmte Zugeständnisse in Menschenrechtsfragen abzutrotzen, um auf die Weise einen Druck in Richtung auf die Verwirklichung der Menschenrechte auch in der VR China aufzubauen.<sup>36</sup>

Diese Argumentation ist gleich in zweifacher Hinsicht interessant: Zum einen liefert sie der Pekinger Regierung die Begründung dafür, warum sie sich so hart in der Menschenrechtsfrage verhalten muss: Zugeständnisse an die Hongkonger Bevölkerung führen zur Destabilisierung der Verhältnisse auf dem chinesischen Festland. Zum zweiten wird der Menschenrechtsgedanke als Exportgedanke formuliert: Er wird von außen an die VR China herangetragen und führt zu einer von außen initiierten und nicht von innen legitimierten Veränderung der politischen Verhältnisse. Es geht hier also nicht, wie dies im Westen oft angenommen wird, um das Prinzip Menschenrecht, dem auch in Asien zum Durchbruch verholfen werden soll. Der Menschenrechtsgedanke ist vielmehr Instrument im Kampf um die politische Macht, ein Instrument, das jederzeit benutzt oder auch nicht benutzt werden kann.

35 Lu Minsheng: Deng Xiaoping tan "liusi" yu renquan (Reden von Deng Xiaoping über den „4. Juni [1989]“ und die Menschenrechte, in: Dongxiang 4 (April 1992), S.15-18.

36 Mo Liren: Renquan minyun xin yizhang (Ein neues Kapitel in der Bewegung für Demokratie und Menschenrechte), in: Dongxiang 3 (März 1993), S.46-47; Ai Kesi: Jianta Xianggang renquan de qianzou - pingyu weihui „huanyuan e fa“ de lianxu fengbo (Vorspiel auf die Verletzung der Menschenrechte in Hongkong - Kommentar zu einigen Wellen der Aufregung um das Vorbereitungs Komitee und seinen Vorschlag „die Ekelgesetze wieder in Kraft zu setzen“), in: Zhengming 12 (Dezember 1995), S.14-17.

So ist es kaum als erstaunlich zu betrachten, dass die hier analysierten Zeitschriften nur mit wenigen Artikeln auf die Debatte über den *Bill of Rights* reagierten. Alle Autoren heben hervor, dass die Regierung der VR China durch einen *Bill of Rights* nicht davon abzuhalten sei, gegen die Menschenrechte zu verstoßen, wenn sie dies für notwendig hielte.<sup>37</sup> Überhaupt sehen die Autoren die Zukunft des in die VR China integrierten Hongkong sehr pessimistisch und warnen „Das Heute auf dem Festland ist das Morgen für Hongkong und Makao“<sup>38</sup>. Wichtigster Beweis in diesem Zusammenhang ist die Debatte über die Wirksamkeit des *Bill of Rights* über das Datum der Übergabe hinaus. 1995 war die Debatte darüber wieder entflammt, nachdem eine Untergruppe des Vorbereitungskomitees für die Rückführung Hongkongs<sup>39</sup> vorgeschlagen hatte, alle im Zusammenhang des *Bill of Rights* neu erlassenen Gesetze als nachträgliche Veränderung der Gesetzeslage in Hongkong zu betrachten. Dementsprechend könnten sie über den 1. Juli 1997 keine Gültigkeit haben. Gemeint waren mit diesem Vorschlag Veränderungen in der gesetzlichen Regelung zu Fragen der Demonstrations- und Versammlungs- sowie Presse- und Informationsfreiheit, die in ihrer Formulierung vor Verabschiedung des *Bill of Rights* von der UNO-Menschenrechtskommission als mit der UNO-Menschenrechtscharta nicht vereinbar kritisiert worden waren. Nach der Verabschiedung des *Bill of Rights* waren diese Bestimmungen an den *Bill of Rights* wie an die UNO-Menschenrechtscharta angepasst und Veränderungen im Bereich der Gesetze für die Rundfunk- und Fernsehverwaltung sowie der Notstandsgesetze vorgenommen worden. Die Vorbereitungsgruppe nun betrachtete diese gesetzgeberischen Maßnahmen als Verstoß gegen die Vereinbarung, nach der mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung von 1984 keine Veränderung an der politischen und juristischen Situation in Hongkong vorgenommen werden dürfe. Die englische Seite meinte jedoch, in voller Übereinstimmung mit der Gemeinsamen Erklärung gehandelt zu haben, da sie dem Gebot gefolgt sei, die UNO-Konventionen in lokales Recht umzusetzen.<sup>40</sup>

Ai Kesi sieht in dieser Auseinandersetzung nichts als die Bestätigung seiner bereits 1991 geäußerten Befürchtungen. Mit allen Mitteln versuche die Regierung in Peking, die Diskussion über und Verwirklichung von Menschenrechten in Hongkong zu verhindern, da sie ein Überschwappen der Diskussion auf die

37 He Li: Renquan faan: zhizhi de damen? (Bill of Rights: Nichts als ein Fetzen Papier?), in: Jiushi niandai 7 (Juli 1991), S. 33-35.

38 Guo Qiming: Dalu de jintian jiushi Gang'ao de mingtian (Chinas Gegenwart ist die Zukunft von Hongkong und Macao), in: Zhengming 12 (Dezember 1995), S.10.

39 Die Regierung der VR China hat im Herbst 1995 ein Vorbereitungskomitee mit 150 Mitgliedern ernannt, dem 94 Bürger aus Hongkong angehören, davon 14 bisher in den Legislativrat gewählte. Die Vertreter der demokratischen Organisationen wurden nicht mit einbezogen. Vgl. K. Richburg, The Divide in Hong Kong Grows Deeper and Wider, in: IHT (2. Januar 1996).

40 Qi Zi: "Yanfa" dayang mou (Die offene Intrige der "Kastrationsmethode"), in: Zhengming 12 (Dezember 1995), S.18-20.



VR China fürchte. Andersherum gesehen hieße dies aber auch, und in diesem Sinne argumentiert Wei Guo, dass die Einverleibung Hongkongs eine große Herausforderung für das politische System in der VR China darstelle. Man könne sich sogar vorstellen, dass in Zukunft die Demokratisierung Festland Chinas von Hongkong aus neuen Anschub erhalte, wobei man sich auf aufgeklärte Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei stützen könne, die längst bemerkt hätten, dass es viel von Hongkong zu lernen gebe.<sup>41</sup>

### *Menschenrechte und Demokratie in Hongkong: Eine Debatte über die zukünftige Identität der Stadt*

Während die chinesisch-sprachige Presse in Hongkong sich entweder in Zurückhaltung übt, was die Menschenrechtsdebatte betrifft, oder aber - wie oben dargestellt - auf die Verhältnisse in der VR China ausgerichtet argumentiert, hat sich seit Ende der achtziger Jahre unter den sogenannten „Demokraten“ in Hongkong eine so lebhafteste Debatte über Fragen der Demokratie und der Menschenrechte in Hongkong entwickelt, dass sich im Jahr 1997 sogar die sogenannte „business elite“ Hongkongs bemüht sah, ihre Vorstellungen vorzutragen und mit den demokratischen Kräften um die Vorherrschaft in der Menschenrechtsdebatte zu ringen.

In dieser Diskussion geht es vor allem um den Sonderstatus von Hongkong, dessen Charakteristika als Abwehr gegen die als bedrohlich empfundenen neuen Herren aus Peking definiert und verteidigt werden muss. Die Menschenrechtsdebatte dient in diesem Kontext also dazu, im Bereich des Politischen die Besonderheit Hongkongs zu definieren und der Bevölkerung eine Wertorientierung zu liefern, welche die Grundlage für die Behauptung des Sonderstatus bilden könnte.<sup>42</sup> Ziel ist es, aus jener gesichts- und anspruchslosen Hongkonger Bevölkerung die Bürger einer selbstbewussten *res publica* zu machen. In diesem Sinne engagieren sich die Demokraten in den vielen Menschenrechtsorganisationen, die sich inzwischen in Hongkong gebildet haben, und versuchen, mit Demonstrationen, Kundgebungen und Unterschriftensammlungen die Bevölkerung für Menschenrechte und Demokratie zu mobilisieren.<sup>43</sup>

41 Vgl. Ai Kesi, op. cit.; Wei Guo: Xianggang huigui shi zhongguo minzhuhua qiji (Die Rückgabe Hongkongs ist ein Wendepunkt in der Demokratisierung Chinas), in: Dongxiang 5 (Mai 1997), S.56-58.

42 Einen ähnlichen Ansatz wählt McNeil, William: Righting and Difference. In: Wacks, Raymond (ed.): Human Rights in Hong Kong, op. cit., S.86-119.

43 Ich beziehe mich hier auf zahlreiche Interviews, die ich während eines von der Hong Kong University of Science and Technology im Frühjahr 1997 ermöglichten Forschungsaufenthaltes in Hongkong machen konnte. Darüber hinaus ist die Homepage von Emily Lau sehr aufschlussreich und enthält zahlreiche Links zu den entsprechenden Internetadressen von Menschenrechtsorganisationen in Hongkong. Vgl. <http://www.emilylau.org.hk>.

Dabei gehen sie davon aus, dass die Zukunft Hongkongs nur durch ein entsprechendes Selbstbewusstsein der Hongkonger Bevölkerung gesichert werden könne und dass dieses Selbstbewusstsein sich nur entwickeln könne, wenn Demokratie und Menschenrechte in Hongkong verwirklicht würden. Die Demokraten betrachten Hongkong mehr oder weniger ausdrücklich als einen Stadtstaat, der so wenig wie möglich von Peking aus beeinflusst werden sollte, wie sie sich auch andersherum einer Einflussnahme auf die Verhältnisse der VR China weitgehend enthalten. Dementsprechend kritisieren sie die Menschenrechtspolitik der britischen Kolonialverwaltung auch unter dem reformfreudigen Governor Patten genauso wie die Abstinenz in Menschenrechtsfragen, mit der sie aus Peking konfrontiert werden.<sup>44</sup> Hongkong ist reif für Demokratie, rufen sie den Zweiflern entgegen und scheren sich dabei nicht darum, dass sie hiermit einen Kurs gegenüber Peking einschlagen, als dessen Konsequenz geradezu mit Notwendigkeit zwei Welten aufeinanderstoßen: hier die Welt des westlichen Politik- und Rechtsverständnisses auf Seiten der Hongkonger Politiker und dort die Welt der durch Sozialismus und chinesische Tradition geprägten Politiker in der VR China. Die einen setzen auf Internationalität, Demokratie nach westlichem Vorbild, Gleichberechtigung und „rule of law“, die anderen auf ein Netzwerk von Beziehungen, auf Hierarchie und „chinesische“ Gewohnheiten.<sup>45</sup> Dementsprechend vertraten „die Demokraten“ beispielsweise in der Auseinandersetzung über das oberste Gericht für Hongkong im Gegensatz zur chinesischen Seite die Ansicht, dass in Hongkong ein oberstes Gericht installiert wird, das in hohem Maße mit internationalen Richtern besetzt sein soll.<sup>46</sup> Die jungen „professionals“, die für Demokratie und Menschenrechte in Hongkong kämpfen, sind von Erziehung und Orientierung her international. Sie fühlen sich eher als „earthling“<sup>47</sup> denn als Chinesen, und sie sprechen Englisch weitaus besser als das in Peking übliche Hochchinesisch.<sup>48</sup> Ihre Organisationen haben davon profitiert, dass die Gemeinsame Erklärung der Regierungen in London und Peking die Durchführung von Wahlen zum Legislativ- und Exekutivrat für die Zeit bis zur Übergabe Hongkongs und danach beinhaltete. Seit Mitte der achtziger Jahre wurden so aus den bereits bestehenden Studien- und Interes-

44 Obwohl die Democratic Party unter ihrem Vorsitzenden Martin Lee unmissverständlich für eine Demokratisierung der politischen Verhältnisse auf dem chinesischen Festland eintritt und Martin Lee auch persönlich für die Unterstützung der Studentenbewegung im Frühsommer 1989 eingetreten ist, liegt hier doch nicht der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit. Vgl. Hierzu den Beitrag von Martin Lee in: Blyth, Sally und Ian Wotherspoon (Hg.): *Hong Kong Remembers*. Hong Kong, Oxford, New York 1996, S. 233-243; sowie die oben erwähnte Magisterarbeit von H.Kunz, S. 105.

45 So das Mitglied des Legislative Council Christine Loh in einem Interview, das die Autorin zusammen mit Wolfgang M. Schwiedrzik am 24. März 1997 führte.

46 Mosher, S.: *Local Justice*, in: FEER (10. Oktober 1991), S.11-12; ders.: *Right of Rejection*, in: FEER (31. Oktober 1991), S.13; ders.: *Court of Contention*, in: FEER (19. Dezember 1991), S.10-11; do Rosario, L.: *Future Imperfect*, in: FEER (10. August 1995), S.26-27.

47 So Christine Loh in dem oben genannten Interview.

48 Ausführlicher hierzu: Scott, Ian: op. cit., S.268-321.





sengruppen Schritt für Schritt politische Parteien, die wiederum in den verschiedenen Wahlen vor und nach der Übergabe große Erfolge erzielten.<sup>49</sup> Gegenüber der VR China nahmen die Demokraten zunächst eine kooperative Haltung ein. So war Martin Lee von 1985 bis 1989 Mitglied des Komitees für den Entwurf des Grundgesetzes. Doch mit den Ereignissen des Jahres 1989 verhärtete sich die Auseinandersetzung, und Martin Lee wurde wegen seines öffentlichen Eintretens für die Studenten auf dem Tian-An-Men-Platz und gegen die blutige Niederschlagung der Bewegung aus dem Komitee ausgeschlossen. In diesem Sinne haben die Demokraten in Hongkong lange Zeit die Diskussion über Demokratie und Menschenrechte in Hongkong dominiert und dabei eine Position vertreten, die den Auffassungen der oben dargelegten chinesischsprachigen Autoren in vielen Punkten diametral entgegengesetzt waren. Dabei entwickelten sich ihre Auffassungen zunächst in der Auseinandersetzung mit jenen exilierten Chinesen, deren Standpunkte weiter oben referiert wurden und denen sie in anderen Fragen eher in Sympathie gegenüberstanden. Doch gab es einen entscheidenden Unterschied zwischen den beiden Lagern: Auf der einen Seite standen die Demokraten, denen es hauptsächlich um die Verwirklichung der Menschenrechte in Hongkong ging und die keinen direkten Einfluss auf die Situation in der VR China nehmen wollten; auf der anderen Seite standen die aus der VR China exilierten Chinesen, welche hauptsächlich daran interessiert waren, die Situation in der VR China zu verändern und eine solche Veränderung auch als die einzige Garantie für das weitere Wohlergehen Hongkongs sahen. Die sogenannte *business elite*, die von den Führern der VR China auserkoren worden war, die Führung im Hongkong nach der Übergabe zu übernehmen, schwieg in all diesen Diskussionen. Das Thema Menschenrechte war für sie zu heikel. In ihrem schwierigen Balanceakt zwischen Hongkonger Interessen und Pekinger Vorstellungen hätten sie sich nur als einseitig herausgestellt und entweder die eine oder andere Seite verschreckt. Erst 100 Tage vor der Übergabe Hongkongs an die VR China meldete sie sich zu Wort und entfachte ihrerseits eine Menschenrechtsdebatte. Die Administration unter dem designierten Gouverneur der Sonderverwaltungszone Hongkong Tung Chee-Hwa brachte einen Vorschlag zur Veränderung der oben erwähnten, unter Governor Patten erlassenen Gesetze zur Demonstrations- und Versammlungsfreiheit ein und stellte damit seinen Einfluss in Fragen der Menschenrechte und Demokratie in Hongkong auf die Probe. Tung verkün-

49 Die chinesische Regierung hat sich immer wieder gegen Direktwahlen ausgesprochen. Grund hierfür sei, wie Xu Jiatus, der frühere Vertreter der Xinhua News Agency in Hongkong, betont, die Tatsache, dass nur die Mittelschicht mit den demokratischen Parteien über eine politisch wohl organisierte Repräsentanz verfügt. Dementsprechend könnten sich andere gesellschaftliche Gruppen, darunter auch die für die Zusammenarbeit von Peking favorisierte *business elite*, nicht angemessen einbringen. Vgl. Li Yi: *Huigui qianxi Xu Jiatus kan Xianggang xingshi* (Am Vorabend der Rückgabe wirft Xu Jiatus einen Blick auf die Lage in Hongkong), in: *Jiushiniandai 5* (Mai 1997), S.43-44.

dete in verschiedenen Reden, ihm ginge es um eine „rational, reasonable and intellectual debate on how to strike best the balance between civil liberties and social order“<sup>50</sup>, und er betonte damit seine Absicht, das Monopol der Demokraten auf dieses Thema zu durchbrechen und der Bevölkerung von Hongkong zu einer anderen Orientierung zu verhelfen. Tung wie die politischen Kräfte der sogenannten *business elite*, die hinter ihm steht, vertraten in dieser Debatte die Auffassung, dass die Notwendigkeit von Stabilität und öffentlicher Ordnung nicht vergessen werden dürfe und dass deshalb gewisse Einschränkungen gegenüber der sehr liberalen Gesetzgebung unter Gouverneur Patten vorgenommen werden müssten. Dabei konzentrierte man sich auf zwei Frage: Zum einen ging es darum, inwiefern politische Organisationen in Hongkong vom Ausland finanziert werden dürften; zum anderen um das Problem, in welchem Verhältnis persönliche Freiheit und soziale Ordnung zu einander stehen. Es wurde vorgeschlagen, die Finanzierung aller politischen Organisationen durch das Ausland zu untersagen und die Demonstrationsfreiheit einzuschränken, wenn die Demonstranten die üblichen Anmeldeprozeduren nicht unternommen und/oder inhaltlich einen Bereich tangieren, der die Souveränität und Integrität des Territoriums der VR China betrifft. Das zuerst genannte Problem bezieht sich insbesondere auf die Finanzierung von politischen Organisationen in Hongkong durch Geldgeber aus Taiwan. Das zweite Problem betrifft die eventuelle Unterstützung von Sezessionsbewegungen in der VR China (z.B. Tibet und Xinjiang) bzw. der *Taidu*-Bewegung auf Taiwan, der es um die Anerkennung der Republik China auf Taiwan als souveränen und von Festland China unabhängigen Staat geht.

Tung Chee-Hwa stellte die Diskussion in den Kontext der „Einzigartigkeit“ Hongkongs. Seiner Meinung nach handelte es sich bei Hongkong um einen einzigartigen Platz auf der Welt, in der das Beste aus Ost und West mit einander verbunden werden sollte, um die Probleme, die sich mit der Modernisierung in anderen Metropolen der Welt ergeben haben, zu vermeiden. Deshalb meinte er die Position vertreten zu können, dass individuelle Freiheit zugunsten von öffentlicher Ordnung eingeschränkt werden dürfe, indem man sich die „traditionellen“ chinesischen Werte von „humbleness, patience, persistence and hard work“ zu eigen mache und diese mit den westlichen Werten von Demokratie und Freiheit kombiniere.<sup>51</sup> „Hong Kong will not become like Beijing or Shanghai. Nor will we want to become like Washington, New York, or London. I am confident that we will find our way forward in part based on our own culture, history and values which we hold dearly...We want to live in the type

50 Rede von Tung Chee-hwa auf dem 8.Diner des Gouverneurs für das Canadian Chamber of Commerce, 16. April 1997. Vgl.: <http://www.ceoffice.org.hk/press/p970413.htm>.

51 Tung Chee-Hwa, 16.April 1997, op. cit.



of society in which we ourselves and our future generation will feel proud of. We know that we will succeed in our efforts."<sup>52</sup>

Auch die demokratischen Kräfte argumentierten in dieser Auseinandersetzung mit der „Besonderheit“ oder „Einzigartigkeit“ Hongkongs. Sie fassten die Vorschläge Tung Chee-Hwas allerdings in der Formel zusammen, es handle sich eindeutig um einen „Schritt zurück“. Sie halten Hongkong für ein stabiles soziales Gebilde und sehen keinerlei Gefahr, dass Hongkong von politischer Instabilität getroffen werden könnte. Die individuelle Freiheit, die man bisher in Hongkong genossen habe, sei die Voraussetzung für den außerordentlichen Erfolg der Stadt. Jetzt die internationalen Beziehungen der politischen Organisationen zu beschneiden und die persönlichen Rechte der Bürger zu beschränken hieße der Bevölkerung mit Misstrauen zu begegnen. Gladys Li, eine der bekanntesten Juristinnen in Hongkong und Mitglied der JUSTICE Gruppe, formulierte denn auch: „I think that there is absolutely no doubt that the proposals are a regression from what we currently have. And what we have to look at is: Have we had civil disorder as a result of the laws as they currently are? And I think the answer is quite clear that we have had no civil disorder as a result of relaxing constraints that used to exist in the past. And to me that is a very sad thing. Because what it says to people in Hongkong is: We can't trust you. We can't trust you to behave responsibly. And that I think is a very sad message to begin with."<sup>53</sup>

Nachdem 4.575 Privatpersonen und 932 Organisationen im Büro des Chef Exekutive ihre Kommentare zu der Vorschlägen abgegeben hatten und der Gouverneur 293 Bemerkungen über Internet erhalten hatte<sup>54</sup>, wurden am 15. Mai 1997 die revidierten Versionen der beiden Gesetzesänderungen der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Fundamentalkritik der Demokraten hatte dabei deutlich keine Spuren hinterlassen, doch war Detailkritik, die insbesondere die teilweise unscharfen Formulierungen betraf, aufgenommen und Formulierungen wie „nationale Sicherheit“ und „internationale politische Organisationen“ in ihrer Bedeutung geklärt worden. Formulierungen, die unter Juristen Anstoß gefunden hatten, wie z.B. „safeguard public health and public morals“ waren gestrichen und spontane Demonstrationen erlaubt worden, die ursprünglich durch das Gebot einer 48-stündigen Voranmeldung unmöglich gewesen wären.<sup>55</sup> Die vorgenommenen Veränderungen entsprachen in fast allen Fällen den Vorschlägen, welche das Büro des damals noch amtierenden Governor Paten vorgelegt hatte. Sie entsprachen auch dem Tenor der englisch-sprachigen

52 Ansprache von Tung Chee-Hwa, Chief Executive of HKSAR auf der CNN World Report Conference am 1. Mai 1997, nach der Internetversion unter <http://www.ceoffice.org.hk/press/p970501.htm>.

53 So Gladys Li in einem Interview mit der Autorin und Wolfgang M. Schwiedzik am 7. April 1997.

54 Vgl. Die über Internet verbreitete Pressemitteilung vom 15. Mai 1997, zu finden unter <http://www.ceoffice.org.hk>.

55 Vgl. *ibid.*

Presse, die sich überwiegend im Detail kritisch, doch im Großen und Ganzen lobend zu Tung Chee-Hwas Vorstellungen geäußert hatte. Der Sprecher der designierten Administration Tung Chee-Hwa sagte denn auch auf einer Pressekonferenz: „We have listened carefully to public opinions on the consultation of the document and have taken positive steps to address the concerns expressed.“<sup>56</sup>

Als Ergebnis dieser ersten von der *business elite* geführten Debatte über Menschenrechte und Demokratie in Hongkong hat diese die radikale Kritik der Demokraten weitgehend entkräften und - wie Umfragen ergeben haben - fast 50% der Bevölkerung von Hongkong für ihren Standpunkt gewinnen können.<sup>57</sup> Zwar zeigte sich, dass die Zahl der explizit Unzufriedenen unter den Bürgern Hongkongs im Umkreis der Debatte zugenommen hatte und nun bei ca. 24% lag, doch hatten sich die entschieden für Tung Votierenden um ca. 2% vermehrt und machten nun 57% der Bevölkerung aus.<sup>58</sup>

Im Wettstreit um die Vorherrschaft in der öffentlichen Meinung von Hongkong hatte die Administration unter dem designierten Gouverneur Tung Chee-Hwa einen vergleichsweise großen Erfolg errungen. Vor der Übergabe Hongkongs, auch das geht aus Umfragen hervor, standen immerhin 62% der Bevölkerung einer Eingliederung in den Staatsverband der VR China positiv gegenüber, und nur 25.1% der Befragten gaben an, dass sie bei Wahlen den Demokraten ihre Stimme zu geben geneigt seien.<sup>59</sup>

Die Bevölkerung von Hongkong, das erklärt ihre Abstinenz in der Menschenrechtsfrage, ist eher an einem *modus vivendi* interessiert, als die Konfrontation mit Peking zu riskieren. Dabei sorgt sie sich am meisten über eine mögliche Ausweitung der Korruption im Zuge der Eingliederung, am wenigsten über die weitere Entwicklung ihrer Familie, wobei 11% Einbußen im Bereich des Lebensstandards und 17% eine Verminderung von Freiheit und Sicherheit erwarten. Wie wichtig dabei die Beziehungen zwischen Hongkong und Peking sind, zeigen wiederum Umfrageergebnisse. Noch im September 1995 bekundeten 45% der Befragten Unmut über die Arbeit der Regierung von Hongkong und 48% rügten insbesondere das Verhalten der Regierung von Hongkong gegenüber China. Andersherum bekundeten bei derselben Umfrage 62% Unmut über die Regierung in Peking und 62% über deren Politik gegenüber Hongkong. Unmittelbar vor der Übergabe Hongkongs haben sich die Zahlen etwas gebessert, nur noch 20% kritisierten die Regierung in Hongkong und deren Chinapolitik, während die Regierung in Peking und deren Politik gegenüber Hongkong von 45% der Befragten einen Tadel erhielten.

<sup>56</sup> Vgl. *ibid.*

<sup>57</sup> Vgl. Cheung, S.: Trust in Tung Dips, Says Polls. In: South China Morning Post vom 19. Mai 1997, zitiert nach der Internetversion unter <http://www.scmp.com/news/template>.

<sup>58</sup> Vgl. Cheung, S. *op. cit.*

<sup>59</sup> Vgl. Cheung, S.: Democrats Favorite with Voters, Says Polls. In: South China Morning Post vom 19. Mai 1997, zitiert nach Internetversion: <http://www.scmp.com/news/template>.



Zur gleichen Zeit, da sich die Bevölkerung in Hongkong offenbar pragmatisch auf die durch den Souveränitätswechsel entstandene Situation einstellte, ließen die unzähligen Menschenrechtsgruppen in ihren Aktivitäten nicht nach. So starteten sie 1997 eine Umfrage unter Hongkonger Lehrern, die Auskunft über die Behandlung der Menschenrechtsfrage im Unterricht geben sollten. Noch bevor die Ergebnisse vollständig ausgewertet waren, antizipierte man ein krasses Desinteresse an Menschenrechten bei den Befragten. So bleibt den Menschenrechtsaktivisten nichts, als auf dem Umweg über das Internet oder die ausländische Presse die Aufmerksamkeit zu erheischen, die ihnen ansonsten verwehrt bleibt.

### *Universalität und Partikularität des Menschenrechtsdiskurses in Hongkong*

Der Menschenrechtsdiskurs, so wie wir ihn in Hongkong beobachten, ist eine genaue Widerspiegelung der „besonderen“ Situation dieser Stadt. Die chinesisch-sprachige Exilpresse nutzt ihn, um Propaganda für die Veränderung der politischen Verhältnisse in der VR China zu betreiben, die international ausgerichteten Demokraten, um sich in der Öffentlichkeit als Meinungsführer in Fragen der postkolonialen Identitätsbildung zu profilieren. Die *business elite* meinte, sich zurückhalten zu können oder zu müssen, wagte sich dann jedoch kurz vor der Übergabe mutig hervor, als es darum ging, unter Beweis zu stellen, dass die Bevölkerung von Hongkong mehrheitlich hinter dem designierten Gouverneur Tung Chee-Hwa stand.

Letztlich ist diese Diskussion jedoch in erster Linie eine inner-elitäre Auseinandersetzung, die nur zeitweilig eine gewisse Verankerung in breiteren Teilen der Bevölkerung genoss, als mit den Ereignissen auf dem Tian-An-Men-Platz am 4. Juni 1989 die „Bedrohung“ aus Peking neue Dimensionen annahm. Dass die Demokraten in dieser Auseinandersetzung die „vollständige“ Gewährung der Menschenrechte für die Bevölkerung von Hongkong forderten, zielte zwar vordergründig auf die Situation in Hongkong, war indirekt jedoch auch ein Beitrag zu der international virulenten Kritik an der Menschenrechtspolitik der VR China. Andersherum kann aber auch festgestellt werden, dass die Zurückhaltung der *business elite* genauso wie die radikale Ablehnung der aus der VR China exilierten Autoren zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellten: Die Lage in Hongkong ist und war noch nie vollkommen losgelöst von der Situation in der VR China. Und dennoch haben die *business elite* wie die Demokraten die Lage Hongkongs beide als einzigartig bezeichnet und versucht, den Eindruck zu erwecken, als könnte man Hongkong von der VR China isoliert betrachten und dort eine Autonomie verwirklichen, deren Charakteristika einzig von den Bürgern Hongkongs definiert seien. So kommt es auch, dass die Demokraten, obwohl eindeutig von der britischen Regierung und von Governor Patten unterstützt, keine Gelegenheit ausließen, die britische

Regierung zu kritisieren, während Tung Chee-Hwa, dem allzu enge Beziehungen zu der Regierung der VR China nachgesagt werden, die Diskussion über die Menschenrechte dazu nutzte, seine Unabhängigkeit von China unter Beweis zu stellen.

Die Menschenrechtsdiskussion in Hongkong ist eine inner-elitäre Auseinandersetzung über die Grundlagen politischen Handelns, die unter den heutigen politischen Bedingungen auch ohne Rückhalt in der Gesamtbevölkerung integraler Bestandteil des öffentlichen Politikdiskurses ist. Sie ist gleichzeitig eine Diskussion über das Verhältnis der verschiedenen politisch interessierten Gruppen zu der VR China und damit ein Disput über die postkoloniale Identität der Stadt. Diese besondere Konstellation bedingt eine besondere Form, in der die Auseinandersetzung über Menschenrechte und Demokratie abläuft.

Die Diskussion um Menschenrechte in Hongkong lässt sich somit in einer Erkenntnis zusammenfassen: Sollte es eine Universalität des Menschenrechtsgedankens geben, so kommt dieser offenbar am ehesten in einer flexiblen Anpassung an die jeweils konkreten politischen Verhältnisse zum Ausdruck. So taucht in der soeben beschriebenen Diskussion der Menschenrechtsgedanke in unterschiedlichem Kontext auf: einmal als Exportgedanke mit dem Ziel der politischen Umwälzung in der VR China, einmal als Teil einer Identitätsbildungsstrategie mit dem Ziel der Stärkung des Hongkonger Selbstbewusstseins. In keinem der Fälle wird in der Argumentation explizit die Universalität des Menschenrechtsgedankens herangezogen, wie überhaupt die juristische und philosophische Diskussion in diesem Zusammenhang im wesentlichen von englisch-sprachigen Akademikern geführt wird und in der chinesisch-sprachigen Öffentlichkeit keinen Widerhall findet. Die Universalität wird als gegeben vorausgesetzt, genauso wie mit großer Selbstverständlichkeit der Gedanke der Menschenrechte in den spezifischen Kontext von Hongkong integriert wird. Somit hat unsere Untersuchung ergeben, dass der Menschenrechtsgedanke durchaus in die politische Debatte in Asien integrierbar ist, dass er aber auch im Zuge dieser Integration ein Gesicht annimmt, das nicht immer den Erwartungen eines europäisch-amerikanisch geprägten Beobachters entspricht. Und das heißt anders ausgedrückt: Die Universalität des Menschenrechtsgedanken besteht darin, dass er heute überall auf der Welt in den jeweiligen politischen Kontexten partikuläre Formen annimmt. Die Universalität besteht somit nicht in der philosophisch begründbaren uneingeschränkten Wirksamkeit, sondern in der empirisch beobachtbaren Ubiquität der Menschenrechtsdiskussion. Die Ubiquität des Menschenrechtsdiskurses bedingt seine jeweilige Partikularität. Immer und an jedem Ort passt sich der Diskurs den jeweiligen Umständen an und gewinnt in Form und Inhalt jeweils partikuläre Charakteristika. Deshalb dient es der Verwirklichung des Gedankens nicht, auch das zeigt die Situation in Hongkong, diesen in fundamentalistischer Manier mit dem erhobenen Zeigefinger, ohne sich auf die konkreten politischen



Verhältnisse zu beziehen, von außen einer politischen Entität aufzuzwingen. Denn: Im Gegensatz zu anderen, eher autoritär geführten asiatischen Staaten gilt für Hongkong: Hier hat über lange Zeit die Kolonialregierung auf die Verwirklichung der Menschenrechte verzichtet; ihre Bemühungen, kurz vor der Rückgabe Hongkongs an die VR China einen anderen Eindruck zu erwecken, zeigten nur wenig Erfolg. Die neue Regierung und Tung Chee-Hwa nun setzt eindeutig mehr auf die Integration Hongkongs in den asiatischen Kontext als auf den Westen. Er möchte einen Mittelweg gehen zwischen Ost und West, und das bedeutet für ihn: Auch in Hongkong soll nicht das individuelle, sondern das gemeinschaftliche Interesse im Vordergrund stehen. Und ganz in diesem Sinne reagiert die neue Administration auf die Probleme, die in letzter Zeit unter dem Eindruck der Asienkrise entstanden sind. Die Bevölkerung in Hongkong ist ihm bisher in seiner Politik gefolgt. Sie setzt weiterhin auf ökonomischen Erfolg, auch wenn sie dafür auf die von manchen Gruppen geforderte uneingeschränkte Umsetzung der Menschenrechte verzichten muss. Dabei handelt sie weiser, als mancher Menschenrechtsaktivist sich das vielleicht vorstellen kann: Sie beachtet die besondere Lage Hongkongs am Rande der VR China und weiß, dass eine Destabilisierung der politischen Verhältnisse auf dem chinesischen Festland nicht von außen induziert werden sollte; sie weiß aber auch die Vorteile einer internationalen Metropole zu schätzen, in der man freier und trotz krisenhafter Erscheinungen immer noch besser lebt als in der VR China. Und sie stützt eine Regierung, die zwischen der Notwendigkeit, gedeihliche Beziehungen zu Peking zu pflegen und sich dem internationalen Markt offen zu halten, nicht selten geschickt hin- und herjongliert. Dieses fragile Gleichgewicht zu zerstören, wäre nichts als ein Bären dienst, den Hongkong sich selbst erweisen könnte. Eine Menschenrechtsdiskussion, die dies missachtet, ebenso.

(Anm. Hrsg.: Dieser Aufsatz wurde im August 1999 abgeschlossen.)

## Bibliographie

Bork, Henrik: *Chinas Wirklichkeiten. Ein ausgewiesener Reporter berichtet.* Frankfurt; New York 1997.

### Inhalt:

Henrik Bork ist Journalist. Er hat für verschiedene Tageszeitungen als Auslandskorrespondent in China gearbeitet und die letzten fünf Jahre der Ära Deng Xiaoping hautnah miterlebt. 1995 wurde er mit der Begründung, seine Berichte hätten „die öffentliche Meinung in Deutschland negativ beeinflusst“, aus China ausgewiesen. Henrik Bork beschreibt in seinem Buch das gesellschaftliche und politische Leben in China und berichtet eindrucksvoll, wie die Menschenrechte in der Volksrepublik von der kommunistischen Führung mit Füßen getreten werden. Dem Leser wird nach den Ausführungen Borks die Geschichte der Chinesin Wang Ping, deren Kind im neunten Schwangerschaftsmonat mit einer Giftspritze getötet werden sollte, in Erinnerung bleiben. Er wird sich an den 13jährigen Jungen Jin Xueqiao erinnern, der seinen Vater auf Knien um Schulgeld anbettelte, er wird mit der Lektüre des Buches um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die damit verbundenen Konflikte wissen. Bork, der Sinologie studiert hat und dessen Ausweisung diplomatische Irritationen im Verhältnis Bonn-Peking zur Folge hatte, schreibt mit deutlicher Parteinahme für die Opfer der kommunistischen Partei. Er berichtet über die Kehrseiten des Wirtschaftswunders und der damit verbundenen Konfliktpotentiale.

Döring, Ole: *Technischer Fortschritt und kulturelle Werte in China. Human-genetik und Ethik in Taiwan, Hongkong und der Volksrepublik China.* Hamburg 1997.

### Inhalt:

Die Publikation Dörings untersucht das Wertesystem in der Volksrepublik China vor dem Hintergrund der wachsenden technischen Möglichkeiten in der Humangenetik. Während Döring mit konstruktiver Kritik die ethischen Auffassungen in China herausarbeitet, wird deutlich, in welchem Zustand sich China derzeit befindet: Altes Kulturbewusstsein weilt nach Döring neben erstarktem Selbstbewusstsein und dem Streben, sich als moderne Großmacht zu behaupten.





Draguhn, Werner und Günter Schucher (Hrsg.): *Das neue Selbstbewusstsein in Asien: eine Herausforderung?* Hamburg 1995

**Inhalt:**

Der vorliegende Sammelband enthält die Beiträge einer wissenschaftlichen Tagung, die die Deutsche Gesellschaft für Asienkunde gemeinsam mit dem Hamburger Institut für Asienkunde zum Thema „Neues Selbstbewusstsein in Asien“ veranstaltet hat. Die Frage „Gehört Asien die Zukunft?“ diskutiert einleitend Oskar Weggel am Beispiel der Großmacht China. Gunter Schubert gibt im Anschluss Einschätzungen, ob es im Laufe des Modernisierungsprozesses in Asien zu einer Demokratisierung kommen könnte. Mit der Durchsetzbarkeit der Menschenrechte beschäftigt sich schließlich Sebastian Heilmann. Werner Pfenig schließt sich mit einem Beitrag über „asiatische Werte“ an. Drei weitere Beiträge untersuchen die Stellung Asiens in der Zukunft mit Blick auf die regionalen Großmächte Indien, Japan und China.

Dreis-Lampen, Barbara: *ASEAN und die Europäische Union. Bestandsaufnahme und Neubewertung der interregionalen Beziehungen.* Mitteilungen des Instituts für Asienkunde. Nr. 287. Hamburg 1998.

**Inhalt:**

Nach einem Bericht über die historische Entwicklung der ASEAN und ihrer Beziehung zur EG/EU vor dem Ende des Kalten Krieges wagt Barbara Dreis-Lampen eine Neubewertung des heutigen Verhältnisses. Die Autorin macht deutlich, daß die ASEAN in den vergangenen Jahren nicht nur an wirtschaftlichem Gewicht, sondern auch an politischer Statur gewonnen hat, an der im asiatisch-pazifischen Raum nicht mehr vorbeizukommen ist. Dreis-Lampen beschreibt die heutigen Beziehungen der ASEAN und der EU als dynamischer, aber auch als schwieriger. Im Zuge der Modernisierungswelle in Südostasien versuche die ASEAN sich aus dem Windschatten der westlichen Kooperationspartner zu lösen. Zudem griffen auch die EU und die USA nach dem Ende des Kalten Krieges zu einer deutlicheren Sprache: Sie stellten ihrerseits mittlerweile deutliche Forderungen nach fairen Handlungspraktiken, Demokratisierung, Wirtschaftsliberalisierung und Achtung von Menschenrechts- und Sozialstandards.

Geist, Beate: *Die Modernisierung der chinesischen Kultur. Kulturdebatte und kultureller Wandel im China der 80er Jahre*. Hamburg 1996.

**Inhalt:**

Die Modernisierung Chinas wurde in den 80er Jahren als eine Frage der Kultur behandelt. Beate Geist schildert, wie das Kultur-Fieber, das aus den Schwierigkeiten bei den Wirtschaftsreformen und den Problemen einer Gesellschaft im Übergang von der Tradition zur Moderne entstand, die Literatur ergreift, wie chinesische Traditionen und Werte in der Gesellschaft wieder aufleben. Geist zeigt zudem, wie die chinesischen Medien die Problematik von chinesischer Kultur und (chinesischer) Modernisierung thematisierten.

Kaluza, B. und R. J. Ostendorf: *Szenario-Analyse. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostasiens. Diskussionsbeiträge des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaft der Gerhard-Mercator-Universität/Gesamthochschule Duisburg*. Duisburg 1997.

**Inhalt:**

Die beiden Autoren haben bei ihrer Untersuchung ihr Hauptaugenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas gelegt. Mit einer Szenario-Analyse versuchten die beiden Wissenschaftler auf die Frage „Ist eine andauernde Wirtschaftsentwicklung in China potentiell möglich?“ eine Antwort zu finden. Bei ihren Einschätzungen werden der durch das Wirtschaftswachstum einsetzende Werteverfall, die klaffenden sozialen Probleme und die Menschenrechtsverletzungen nicht außen vor gelassen. Konfliktpotentiale im gesamten ostasiatischen Raum werden aufgezeigt.

Krieg, Renate und Monika Schädler: *Soziale Sicherheit im China der neunziger Jahre*. Hamburg 1995.

**Inhalt:**

Die Publikation von Renate Krieg und Monika Schädler ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes am Institut für Asienkunde in Hamburg. Die beiden Autorinnen arbeiten heraus, wie die Situation der sozialen Sicherung vor und nach den Wirtschaftsreformen in China einzuschätzen ist und welche Spuren demographischer Wandel und sozialer Wertewandel hinterließen. Reformfordernisse und die Reformmaßnahmen Chinas werden diskutiert.



Müller, Sven-Uwe: *Konzeptionen der Menschenrechte im China des 20. Jahrhunderts*. Hamburg 1997.

**Inhalt:**

Die Studie von Sven-Uwe Müller fragt nach den in China vorhandenen chinesischen Menschenrechtsvorstellungen, ihren Vorbedingungen und ihrer historischen Entwicklung. Den Ausführungen des Autors zufolge sind die chinesischen Menschenrechtsvorstellungen das Ergebnis eines Rezeptionsprozesses: Das westliche Ideengut wurde durch eigene Kulturtradition und aktuelle politische Legitimationsbedürfnisse und Zielsetzungen überformt. Müller macht dies deutlich, indem er beispielsweise die westlichen und chinesischen Staats-, Gesellschafts- und Rechtstraditionen miteinander vergleicht. Zudem geht er auf die nationalistische Ideologie der Guomindang der zwanziger und dreißiger Jahre ein, auf das Staats- und Rechtsverständnis des Kreises liberaler Autoren um Hu Shi und Luo Longji, das sich wandelnde kommunistische Rechts- und Staatsverständnis und die Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten der verschiedenen Oppositionsbewegungen seit 1979.

Nesshoever, Christoph: *Die Chinapolitik Deutschlands und Frankreichs zwischen Außenwirtschaftsförderung und Menschenrechtsorientierung (1989 bis 1997)*. *Auf der Suche nach Balance*. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg. Hamburg 1999.

**Inhalt:**

Die Chinapolitik Deutschlands wird in dem 1999 erschienen Buch von Nesshoever mit der Außenpolitik Frankreichs verglichen. Der Autor geht der oft geäußerten Kritik einer Merkantilisierung der deutschen Außenpolitik im Falle Chinas nach und fragt, ob diese auch für Frankreich feststellbar ist. Nesshoever setzt als Beginn seiner Untersuchung die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz 1989 und beleuchtet anhand der Geschichte der folgenden acht Jahre die Menschenrechtsanliegen und Wirtschaftsinteressen beider Länder.

Anja Osiander und Ole Döring: *Zur Modernisierung der Ostasienforschung. Konzepte, Strukturen, Empfehlungen*. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg. Hamburg 1999.

**Inhalt:**

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Forschung über Japan, China und Korea. Die Autoren arbeiten die wichtigsten konzeptionellen Entwicklungsrichtungen in der deutschen Ostasienforschung heraus und überprüfen durch eine Literaturübersicht zu verschiedenen Aspekten der Debatte um asiatische Werte, welchen Stellenwert kulturalistische Erklärungsansätze in der internationalen Ostasienforschung derzeit einnehmen. Schließlich werden die Institutionen und Strukturen der Ostasienforschung in Deutschland analysiert und ein Szenario für eine umfassende Modernisierung von Konzepten und Institutionen entworfen.

Paul, Gregor und Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.): *Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage*. Schriften des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH). Bd. 3. Baden-Baden 1997.

**Inhalt:**

Die Publikation basiert auf den zweiten sich mit China befassenden Karlsruher Asien-Tagen, die 1995 in Karlsruhe stattfanden. In elf Kapiteln verdeutlichen verschiedene Autoren, dass sich trotz wirtschaftlicher Reformen in der Volksrepublik die Menschenrechtssituation nicht geändert hat. Das Buch zeigt weniger Einzelfälle als vielmehr die grundsätzlich strukturellen Probleme auf. Die Autoren beleuchten ausführlich die Legislative, Judikative und Exekutive Chinas, als auch die Bedeutung der Tradition und die Stellung des Konfuzianismus. In einer wissenschaftlichen Form zeichnen die Autoren ein Bild der derzeitigen Konfliktpotentiale in China und wagen einen Blick in die Zukunft.

Schaub, Gabriele und Wang, Yuquan (Hrsg.): *China. Ein Selbstporträt*. Mainz/Braunschweig 1997.

**Inhalt:**

14 chinesische Autoren porträtieren das Leben in ihrem Heimatland. Sie beschreiben die Grundlagen der chinesischen Religionen, die chinesische



Familie und die Stellung der Frau, das Bildungssystem oder die Medienbranche. Neben dem politischen System in China werden aus erster Hand die Folgen der gesellschaftlichen Umwälzungen, die sozialen Probleme diskutiert. Zudem wird ein Blick auf die Sonderwirtschaftszonen wie beispielsweise Hongkong oder das System der staatlichen Betriebe geworfen. Zahlreiche Männer und Frauen berichten eindrucksvoll in Interviews aus ihrem täglichen Leben.

Senz, Anja-Désirée (Hrsg.): *Asiatisierung Asiens?! Stellungnahmen zum Thema „Asiatische Werte“ und zu Demokratie- und Menschenrechtsvorstellungen in Asien*. Trier 1995.

**Inhalt:**

Bei dem von Anja-Désirée Senz herausgegebenen Band handelt es sich um eine Sammlung verschiedener Presstexte, die in den vergangenen Jahren in Zeitschriften und Tageszeitungen erschienen sind. Die Sammlung zeigt unterschiedliche Menschenrechtsvorstellungen auf und fragt nach der Vereinbarkeit von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung in Asien. Am Rande finden sich Vorschläge zur Lösung sicherheitspolitischer Fragen. Die Sammlung ist im Rahmen des Forschungsprojekts „Asiatisierung Asiens“ am Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien der Universität Trier entstanden.

(Anm. Hrsg.: Stand 1999)

◆

---

**Sandschneider**, Prof. Dr., Eberhard, geb. 1955, Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

**Weigelin-Schwiedrzik**, Prof. Dr., Susanne, geb. 1955, Ordinaria für Moderne Sinologie am Sinologischen Institut der Universität Heidelberg.